

**EINE STADT FÜR ALLE**



**ERLANGEN**

**Kommunal-  
politisches  
Programm  
2014 - 2020**

 **Grüne Liste**

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**



## Vorbemerkung

Seit über 35 Jahren vertritt die Grüne Liste in Erlangen eine ökologische und solidarische Politik. Unsere gemeinsame Stadtratsliste von parteiunabhängigen kommunalpolitisch aktiven Menschen und Mitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen hat bisher deutliche Akzente gesetzt. In der Vergangenheit konnte in Erlangen einiges erreicht werden.

Zusammen mit vielen anderen grün-alternativen KommunalpolitikerInnen in Bayern haben unsere StadträtInnen und UnterstützerInnen viel Überzeugungsarbeit geleistet; sei es bei ökologischen Themen wie der kommunalen Energie- und Wasserversorgung, der Müll- und Verkehrspolitik, bei der Gleichstellungs-/Frauenpolitik, Migrationspolitik und im sozialen Bereich oder bei unserem Eintreten für die Transparenz und Demokratisierung der städtischen Entscheidungsabläufe.

Wir wollen neue Mehrheiten für ein soziales und ökologisches Erlangen. Dafür sind mehr grüne StadträtInnen die beste Voraussetzung.

Umwelt- und Klimaschutz bilden die Lebensgrundlage für zukünftige Generationen. Entsprechendes kommunales Handeln und Ressourcenschonung stehen ganz oben auf unserer Agenda für die nächste Legislaturperiode. Eine Vision der Grünen Liste ist es, die Energieversorgung der Stadt Erlangen durch erneuerbare Energien zu realisieren.

Zwei unser vorrangigen verkehrspolitischen Ziele sind die Realisierung der Stadt-Umland-Bahn und die Verringerung des Autoverkehrs in der Innenstadt.

Ob Single, Wohn- und Lebensgemeinschaft, Familie oder andere Formen des Zusammenlebens - eine Stadt lebt. Die Grüne Liste steht hinter dem Leitbild einer sozialen, urbanen und weltoffenen Stadt. Eine barrierefreie und inklusive Stadt steht für uns im Mittelpunkt, die Mobilität, Lebensqualität und Bildung für alle bietet - unabhängig von Lebensalter, Geschlecht, Herkunft und Staatsbürgerschaft, beruflichen oder finanziellen Status. Ein großes Problem ist der Erlanger Wohnungsmarkt: Bezahlbarer Wohnraum ist in Erlangen mittlerweile Mangelware. Schwerpunkt der nächsten Jahre muss die Schaffung von preiswerten Mietwohnungen sein. Beim Neubau und bei Sanierungen gilt: Im Vordergrund stehen Energieeinsparung, Barrierefreiheit, eine flexible Wohnraumgestaltung und Bezahlbarkeit.

Kinder brauchen Räume, damit sie sich entwickeln und die Welt erfahren können - und die verändert sich schnell. Erlangen hat Geschichte, Erfahrung, Wissen, Kompetenz, Kultur, Verantwortung und Geld. Da Kinder- und Jugendpolitik immer auch Zukunftspolitik ist, sehen wir Gelder in diesem Bereich als Investitionen, die aufgestockt werden müssen.

Das sind einige aber längst nicht alle Gründe, warum wir wieder als Wahlvorschlag Nr. 3 Bündnis 90/Die Grünen/Grüne Liste antreten. Bitte geben Sie unseren 50 KandidatInnen Ihre Stimme und unterstützen Sie unsere Politik durch aktive Mitarbeit.

Umwelt-, Natur- und Klimaschutz	Seite 3
Verkehr- und Stadtplanung	Seite 10
Wohnen	Seite 13
Attraktive Altstadt	Seite 14
Wirtschaft und Finanzen	Seite 16
Soziale Stadt	Seite 19
Kinder-, Jugend- und Familienpolitik	Seite 23
Schulen in Erlangen	Seite 26
Bildung und Kultur	Seite 28
Gestaltungsmacht für Frauen	Seite 30
Leben jenseits der Geschlechterrollen	Seite 33
Sport	Seite 35
Internationale Beziehungen	Seite 37
Willkommenskultur	Seite 38
Demokratische Stadt	Seite 41
Selbstständigkeit für SeniorInnen	Seite 43

### Herausgeberin:

Grüne Liste  
 Rathausplatz 1  
 91052 Erlangen  
 t 09131-862781  
 f 09131-861681  
 buero@gl-erlangen.de  
 www.gl-erlangen.de  
 www.erlangen2014.de



# Frischer Wind für Erlangen

## Umwelt-, Natur- und Klimaschutz

Umwelt- und Klimaschutz sind kein Luxus, sondern bilden die Lebensgrundlage für zukünftige Generationen. Wir stehen alle in der Pflicht, unser heutiges Handeln nach Gesichtspunkten von Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung auszurichten. Dabei sind langfristige Ziele wie die Abschwächung des Klimawandels genauso wichtig wie eine kurz- und mittelfristige Ausrichtung.

Die Grüne Liste will den Umwelt- und Klimaschutz in Erlangen in vielen Bereichen voranbringen, um saubere Luft, sauberes Wasser und ein gesundes Leben dauerhaft zu ermöglichen.

## Kommunale Energiewende

Die Vision der Grünen Liste ist es, die komplette Energieversorgung der Stadt Erlangen durch erneuerbare Energien zu realisieren. Dieses Ziel kann nicht in den nächsten 6 Jahren erreicht werden, aber durch Einsparung von Energie, die Förderung regenerativer Energien und die effizientere Energienutzung wird dieses Ziel greifbarer.

Auf kommunaler Ebene kann bei der Energiewende oft mehr bewegt werden als auf dem hundertsten Klimagipfel. Ganz nach dem grünen Motto „Global denken, lokal handeln“ setzt sich die Grüne Liste für die Nutzung erneuerbarer Energien in Erlangen ein.

Die Verbrennung fossiler Brennstoffe erzeugt große Mengen von klimaschädlichem CO<sub>2</sub> und hat gleichzeitig zu einer einseitigen Abhängigkeit von endlichen Rohstoffen wie Öl und Gas geführt. In den letzten Jahren hat der Preis für Rohöl mehrmals die Marke von 100 \$ überschritten, da die vorhandenen Reserven zur Neige gehen und die Erschließung neuer Lagerstätten zunehmend riskanter und damit auch kostspieliger wird. Damit die Energieversorgung zukünftig bezahlbar, sicher und unabhängig bleibt bzw. wird, gibt es keine Alternative zum Umstieg auf erneuerbare Energien.

Die Reaktorkatastrophe von Fukushima war ein weiterer Beweis dafür, dass die Nutzung der Kernenergie keine sichere und günstige Alternative der Energiegewinnung darstellt. Stattdessen birgt sie große Risiken für Mensch und Natur und beinhaltet hohe, versteckte Kosten, z. B. bei der Endlagerung des radioaktiven Mülls oder bei einem Unfall.

## Energieverbrauch und -effizienz

Der effiziente Umgang mit Energie ist für das Gelingen der Energiewende fast noch wichtiger als der Umbau der Energieversorgung. Denn jede Kilowattstunde, die nicht verbraucht wird, muss auch nicht erzeugt werden.

Der aktuellen Beschlusslage im Stadtrat zufolge soll der gesamte Stromverbrauch der Stadt Erlangen und ihrer Einwohner bis 2030 zu 50% aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden. Da dieses Ziel bereits heute nahezu erreicht ist, fordert die Grüne Liste ehrgeizigere Zielsetzungen. Wir sind überzeugt, dass es möglich ist, die gesamte Stadt bis 2030 zu 100% mit regenerativen Energien zu versorgen. Andere Kommunen wie z.B. München weisen uns mit ähnlichen Zielsetzungen den Weg.

Bei Neuanschaffungen der städtischen Betriebe und Behörden muss der Energieverbrauch des jeweiligen Produkts künftig ein wesentliches Auswahlkriterium sein. Die Grüne Liste hat aus diesem Grund in den Haushaltsverhandlungen 2012 die Einrichtung einer Stelle für ökologisches Beschaffungswesen durchgesetzt.

Die energetische Sanierung von Gebäuden kann die Einsparung enormer Energiemengen ermöglichen. Die Stadt Erlangen sollte in diesem Bereich mit gutem Beispiel vorangehen und ihre Liegenschaften in den nächsten Jahren energetisch auf den aktuellen Stand bringen. Langfristig streben wir einen Energieverbrauch von weniger als 30 kWh pro qm und Jahr an. In den vergangenen Jahren wurde auf Drängen der Grünen Liste endlich auch ein energetisches Sanierungsprogramm für die städtischen Schulen aufgelegt. Energetische Verbesserungen an der Hermann-Hedenus-Schule haben den Energieverbrauch des Gebäudes um 70 Prozent reduziert. Weitere Einsparmöglichkeiten bieten sich für die Stadt zum Beispiel durch den Umstieg auf LED-Straßenbeleuchtung. Bei der Errichtung neuer Gebäude muss deren Energieverbrauch ebenfalls kritisch betrachtet werden. Die Grüne Liste setzt sich dafür ein, dass zukünftig alle Neubauten in Erlangen dem Energie-Plus-Standard genügen müssen und somit im Mittel mehr Energie erzeugen als sie verbrauchen. Dies kann beispielsweise durch die Kombination von aktiver und passiver Sonnennutzung (Ausrichtung des Gebäudes) erreicht werden.

Um BürgerInnen mit geringem Einkommen bei der Anschaffung neuer energiesparender Haushaltsgeräte zu unterstützen, will die Grüne Liste hierfür einen speziellen Fördertopf im Sozialhaushalt der Stadt schaffen.

### **Energieerzeugung**

Der mit Abstand wichtigste Energielieferant in Erlangen sind nach wie vor die Erlanger Stadtwerke (ESTW). Die Grüne Liste hat die fundamentale Bedeutung der Stadtwerke bereits früh erkannt und Ende der 90er Jahre durch ihre Unterstützung eines Bürgerbegehrens erfolgreich die von der Stadtratsmehrheit betriebene Privatisierung der ESTW verhindert.

Seit einigen Jahren betreiben die Stadtwerke verstärkt den Ausbau regenerativer Energiequellen, zum Beispiel mit den Windparks in Wilhelmsdorf und Wurgau, und konnten damit den Anteil der erneuerbaren Energien auf über 50% des Strommixes anheben. Diese erfreuliche Entwicklung ist nicht zuletzt dem Einfluss der Grünen Liste im Aufsichtsrat der ESTW geschuldet, wo sie seit Jahren auf den Ausbau regenerativer Energien drängt.

Damit jedoch die Profite der nachhaltigen Stromerzeugung nicht nur einzelnen Unternehmen oder Großinvestoren zu Gute kommen, muss den ErlangerInnen die Möglichkeit gegeben werden, sich (auch mit kleinen Summen) an den Investitionen in erneuerbare Energieformen zu beteiligen.

Als lobenswertes Beispiel für das Engagement einzelner BürgerInnen ist an dieser Stelle die „Bürgergenossenschaft EnergieWende Erlangen und Erlangen-Höchstadt“ (EWERG) zu nennen.

Auch die Sparkasse Erlangen und die Stadtwerke sollen eine Beteiligung an solchen Anlagen bieten, welche durch sichere Zinserträge auch in unruhigen Zeiten attraktiv sind.

Die Grüne Liste fordert eine stärkere Unterstützung für alle BürgerInnen, die die EnergieWende selbst in die Hand nehmen wollen. Dies kann beispielsweise durch entsprechende Beratungsangebote oder durch die gezielte Förderung privater Solar- und Windkraftanlagen erfolgen.

Um die Sonnenenergie noch stärker für die Stromerzeugung zu nutzen, sollen alle grundsätzlich geeigneten Dächer für die Photovoltaik-Nutzung zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund einer Initiative der Grünen Liste wurden beispielsweise alle geeigneten Dachflächen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GEWOBAU mit Solaranlagen versehen. Trotzdem liegt in diesem Bereich noch ungenütztes Potential. Die Stadt Erlangen sollte außerdem verstärkt Druck auf die

Universität ausüben, um auch dort neue Dachflächen für die Photovoltaik zu erschließen. Bisher ist die Photovoltaik-Anlage des Vereins „Unisolar“ an der Naturwissenschaftlichen Fakultät leider noch eine Ausnahme.

Die Förderung von Biogasanlagen für die Stromerzeugung muss kritisch hinterfragt werden. Wir wollen nur Biogasanlagen fördern, die mit Produktionsabfällen der regionalen Forst- und Landwirtschaft bedient werden. Die gezielte Anpflanzung z. B. von Mais zur Energieerzeugung lehnen wir strikt ab.

## **Verkehr**

Der Verkehr ist nach wie vor der Energieverbrauchssektor mit der größten Wachstumsrate. Mehr als 30 % des Endenergieverbrauchs in der Europäischen Union entfallen auf den Verkehr. Er ist für ein knappes Viertel der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Die Zunahme des Kraftfahrzeugbestands und die fortschreitende Zersiedelung stellen die kommunale Verkehrspolitik vor große Herausforderungen. Die Grüne Liste hat sich eine klimaschonende, umweltverträgliche und sozial ausgewogene Verkehrspolitik zum Ziel gesetzt.

Das 2011 auf Druck der Grünen Liste vom Stadtrat in Auftrag gegebene Verkehrskonzept muss auch nach ökologischen Gesichtspunkten erstellt werden. Nur dann können die Ergebnisse als Basis für eine bessere Verkehrspolitik in Erlangen dienen. Mit dem entsprechenden politischen Willen im Stadtrat und der Verwaltung stehen dazu viele Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung. So konnten 2012 nach zähem Ringen endlich die Planungen für die Stadt-Umland-Bahn (StUB) begonnen werden, für die die Grüne Liste sich bereits seit vielen Jahren einsetzt. Die StUB ist eine sehr gute Möglichkeit, den Verkehr im Raum Erlangen umweltschonender zu gestalten. Weitere konkrete Vorschläge zur Förderung der umweltschonenden Mobilität in Erlangen können unter dem eigenen Kapitel „Verkehr und Stadtplanung“ nachgelesen werden.

## **Sauberes Wasser**

Erlangen ist in der glücklichen Lage, seinen BürgerInnen Trinkwasser in einer sehr hohen Qualität anbieten zu können. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, müssen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in städtischer Hand bleiben.

Der hohe Qualitätsstandard konnte nur durch eine Reihe von Investitionen, wie z.B. dem Ankauf von Flächen im Regnitzgrund, erreicht werden. Die Kosten dieser Investitionen müssen zum Teil auch über den Wasserpreis auf die VerbraucherInnen umgelegt werden.

Eine Privatisierung der Wasserversorgung bedeutet, dass notwendige Investitionen eingespart werden und darunter die Wasserqualität leidet. Alle Privatisierungsbestrebungen innerhalb der Europäischen Union müssen verhindert werden.

Neben einer weiteren Verbesserung des Stadtentwässerungssystems sowie einer Überwachung der Einleitungen in das städtische Kanalnetz, sind Schmutz- und Regenwasser möglichst weitgehend zu trennen. Am besten ist es, wenn Regenwasser gar nicht erst in die Kanalisation gelangt. Das verhindert hydraulische Überlastungen der Kanäle, entlastet die Kläranlagen und fördert die Grundwasserbildung. Bei Bauvorhaben muss deshalb für geeignete Versickerungsmöglichkeiten gesorgt werden.

Die Grüne Liste möchte eine kontinuierliche Berichterstattung über den Zustand der Gewässer sowie die Förderung von Sensibilisierungskampagnen und Projekten in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen zu Aspekten des Gewässerschutzes.

Nötig ist zudem ein Trinkwasserschutzprogramm, das den sorgsam Umgang mit dem Lebensmittel „Wasser“ in den Haushalten und in der Industrie fördert.



## **Verbesserung des Hochwasserschutzes**

Der Wald hat eine besondere Bedeutung für die Wasserspeicherung und den Schutz vor Bodenerosion. Die Wiedergewinnung von natürlichen Überschwemmungsflächen und Retentionsräumen ist die mit Abstand wirksamste und sinnvollste Maßnahme zur Minderung der Hochwasserspitzen und -fluten. Naturnaher Auwald kann große Wassermengen zurückhalten und die Strömungsenergie verringern. Er ist auch ein wertvoller Bereich mit hoher Vielfalt an Pflanzen und Tieren. In Erlangen werden wir für den Gewässerentwicklungsplan der Regnitz wieder Elemente eines solchen Refugiums beantragen.

Altarme der Regnitz und Elemente des früheren Auwaldes können und sollen im Zuge der Realisierung des Gewässerentwicklungsplans der Regnitz wieder ins Flusstal eingebracht und eingegliedert werden. Das verbessert auch den vorbeugenden Hochwasserschutz für die unteren Flussläufe von Main und Rhein. Anbau von Mais ist hier zu vermeiden, da er zur Zerstörung von Auenlandschaften beiträgt. Die Hochwasserschutzlage ist in Erlangen vergleichsweise günstig. Das Starkregenereignis im Juli 2007 um Baiersdorf und Erlangen zeigte aber, dass auch in Erlangen der vorbeugende und der technische Hochwasserschutz verbessert werden müssen.

## **Abfall**

Verringerung des Abfallaufkommens, Schonung natürlicher Ressourcen und möglichst wenig Schadstoffe in den Abfällen sind die Ziele einer modernen Abfallwirtschaft. Im Bereich Mülltrennung durch entsprechende Rücknahme- und Verwertungssysteme ist einiges erreicht worden. Im Bereich der Müllvermeidung besteht aber noch viel Handlungsbedarf.

„One man's trash is another man's treasure“ dieses englische Sprichwort, das frei übersetzt „Des einen Schrott ist des anderen Schatz“ bedeutet, weist den Weg zu einem zukunftsorientierten Umgang mit unserem „Abfall“. Viele Dinge, die in den Müll wandern, sind keineswegs kaputt, sondern haben für den/die aktuelle BenutzerIn nur gerade keinen Wert mehr. Um der Weiterverwendung dieser Güter ein Forum zu bieten, hat die Grüne Liste die Einrichtung des „Umsonstladen“ im Jahr 2009 unterstützt und wird auch in Zukunft für eine Förderung dieses Projekts eintreten.

Natürlich sind der Weiterverwendung Grenzen gesetzt. Gerade viele Geräte der Elektro- und Unterhaltungsindustrie werden bewusst so konstruiert, dass sie bald nach Ablauf der Garantie ihren Betrieb einstellen. Dies ist nicht nur für die Verbraucher sehr ärgerlich, sondern auch eine unnötige Ressourcen- und Energieverschwendung. Deshalb muss Elektroschrott effektiv gesammelt werden, damit Rohstoffe wie z. B. Gold oder Kupfer recycelt werden können. Ein vielversprechender Ansatz hierzu könnte die Einführung einer gesonderten Tonne für das Sammeln solcher Abfälle darstellen.

Das „urban mining“ (die Gewinnung von Rohstoffen aus dem Abfall einer Stadt) wird in Zukunft rasant an Bedeutung gewinnen. Die Stadt Erlangen sollte ihren Müll also als wertvolle Ressource betrachten, der durchaus gewinnbringend recycelt werden kann.

In Erlangen ist es vorrangig, dass

- die Arbeit der städtischen Abfallberatung personell aufgestockt wird. Mehr Öffentlichkeitsarbeit, besonders zur Müllvermeidung für Einzelhandel, Betriebe und private Haushalte, ist ebenso nötig wie regelmäßige Informationen über verpackungs- und energiesparende Produkte.
- die Abfallwirtschaft in öffentlicher Hand bleibt und die ausgelagerten Bereiche wieder von der Stadt übernommen werden. Wir unterstützen die Forderung kommunaler Spitzenverbände an die Bundespolitik, dass die Sammlung von Verpackungen (Entsorgung über den „Gelben Sack“/ DSD) den Kommunen übertragen wird. Nur so kann ein bürgerInnenfreundliches, haushaltsnahes Sammelsystem langfristig und ökologisch gesichert werden.
- ein zentrales Lager für Baustoffe eingerichtet wird, aus dem sich BürgerInnen der Stadt mit andernorts nicht mehr benötigtem Baumaterial versorgen können.
- Reduzierung der Verpackungen

## **Umweltbildung- und Beratung**

Alle Maßnahmen der städtischen Umwelt- und Klimapolitik sind auf die Unterstützung und die Akzeptanz der BürgerInnen angewiesen. Dazu bedarf es zunächst einer stärkeren Sensibilisierung aller hier lebenden und arbeitenden Menschen. Neben dem Einsatz von Umweltmanagementmethoden ist daher auch eine größere Kooperations- und Beteiligungsbereitschaft der VertreterInnen von Politik, Wirtschaft und Verbänden gemeinsam mit den BürgerInnen gefordert.

- Dafür ist die Umweltbildung eine notwendige Voraussetzung, die vor allem in den allgemeinbildenden Schulen umfassend gefördert werden muss. Auch in Kindergärten und –gruppen sollten altersgerechte Angebote obligatorisch sein. Kindern und Jugendlichen müssen positive Naturerfahrungen vermittelt werden. Freizeitgestaltung soll sich an ökologischen Aspekten orientieren. Die erforderlichen Mittel müssen von der Stadt zur Verfügung gestellt werden.
- Darüber hinaus müssen auch die ortsansässigen Unternehmen Umweltbildung in Form von Fortbildungen und ähnlichen Maßnahmen in ihren Arbeitsalltag integrieren.

## **Umweltschutz ist Gesundheitspolitik**

Neben Schadstoffen in Lebensmitteln, Gebrauchsgegenständen oder Baustoffen können auch andere Umweltfaktoren zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen. Gerade in Städten bergen Lärm und Feinstäube Risiken für die menschliche Gesundheit. Die Grüne Liste setzt sich deshalb dafür ein, die gesundheitsschädliche Belastung der Menschen auf ein Minimum zu reduzieren.

Sinnvolle kommunalpolitische Instrumente sind:

- Erstellung einer regelmäßigen Luftreinhalteplanung und Einrichtung eines Bauflächenmanagements mit dem Ziel der umweltverträglichen Ansiedlung von Betrieben.
- Seit längerer Zeit existiert für Erlangen ein Lärminderungsplan. Damit die Lärmbelastung in der Stadt verringert werden kann, spricht sich die Grüne Liste gegen den Ausbau der A73 aus und fordert eine grundsätzliche Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h in der Innenstadt und den Wohngebieten.

## Naturschutz

Was Erlangen auszeichnet:

- **Sandlebensräume in Erlangen**

Der Exerzierplatz ist als einzigartiges und stadtnahes Biotop besonders schützenswert. Wir treten für den Erhalt und die Ausweitung der Sandlebensräume in der Stadt ein. Auch die „Riviera“ an der Schwabach gehört für uns dazu. Nur in diesen Flächen gibt es bestimmte Tier- und Pflanzenarten, die bayernweit einzigartig sind.

- **Flüsse in der Stadt**

Erlangen ist geprägt durch Regnitz, Schwabach und ihre kleineren Zuflüsse. Unser Ziel ist es, die Durchlässigkeit dieser Gewässer für Fische bis hin zu ihren Laichgebieten zu schaffen und zu erhalten. Wasserbauwerke wie Schleusen, Wehre und Kraftwerke müssen dies berücksichtigen. Eine ökologische Wasserqualität, die Renaturierung von Bächen und naturnahe Uferflächen sind wichtig für uns. Wir lehnen intensiv landwirtschaftlich genutzte Flächen im Überschwemmungsbereich ab.

- **Bäume statt Designergrün**

Für uns ist die Baumschutzverordnung und deren konsequente Ausführung ein selbstverständliches Thema. Bei Neuanpflanzungen soll heimische Bäumen und Gehölzen der Vorrang gegeben werden. Wir wollen echte Baumstandorte statt Designergrün. Hecken und Wegraine haben in dicht bebauten Gebieten einen nicht zu unterschätzenden ökologischen Nutzen. Alter Baumbestand, Totholz und Höhlenbäume sind zu erhalten und gegebenenfalls muss der Mensch (Verkehrssicherungspflicht) einen Umweg in Kauf nehmen.

- **Wohnraum für tierische und pflanzliche Nachbarn**

Bei der unbestrittenen wichtigen energetischen Sanierung der Gebäude in unserer Stadt sind Brut- und Wohnmöglichkeiten für Gebäudebrüter und Fledermäuse (Spalten / Fensterladen) zu schaffen. Wir sind für die konsequente Umsetzung der FFH-Richtlinie (spezielle europäische Schutzgebiete für Natur- und Landschaftsschutz). Darüber hinaus kann jeder einzelne zum Naturschutz beitragen. Eine kleine verwilderte Ecke im Garten, Insektenhotels und anderes geben Wohnraum für unsere kleinen Nachbarn und schaffen Entdeckungsflächen für Kinder in der Stadt. Der Einsatz von giftigen Spritzmitteln und Kunstdünger ist auf ein minimales Maß zu beschränken. Dazu möchten wir das Beratungsangebot im Erlanger Umweltamt erweitern. Die Wohnungsbaugesellschaften der Stadt werden aufgefordert diese Ziele bei Planung, Bau und Grüngestaltung zu berücksichtigen.

In Erlangen darf es viel mehr naturbelassene Plätze geben. Wir sollten den Mut entwickeln, Brachflächen auch brachliegen lassen. Wenig genutzte Wege können verwildern. Die Bodenversiegelung ist unbedingt zu stoppen, Parkplätze sind grundsätzlich mit Rasengittersteinen zu versehen. Bei der Bepflanzung im öffentlichen Raum und rund um die Verwaltungs- und Industriegebäude wünschen wir uns eine naturnahe Gestaltung.

## Gentechnikfreie Metropolregion

Drei Viertel der VerbraucherInnen lehnen Gentechnik-Lebensmittel ab. Die sogenannte Koexistenz zwischen Gentechnik und konventioneller oder ökologischer Landwirtschaft funktioniert nicht. Bereits jetzt sind bei manchen Lebensmitteln Verunreinigungen festzustellen, z. B. Pollen von Gentechnik-Raps im Honig. In Deutschland haben inzwischen über 26.000 Landwirte freiwillig den Verzicht auf Gentechnik erklärt.

Die Grüne Liste wird sich dafür einsetzen, dass Erlangen und das Umland gentechnikfrei bleiben.





## **Nachverdichtung statt Flächenverbrauch**

Erlangen erlebte in den vergangenen Jahren einen ungebremsten Zuzug von Menschen. Es spricht für unsere Stadt, dass hier viele Menschen leben möchten. Doch dafür muss dringend neuer Wohnraum geschaffen werden. Damit dies nicht zu weiteren Flächenversiegelungen führt, sollten nicht immer neue Baugebiete mit Einzelhausbebauung am Stadtrand entstehen. Statt dessen sollte die Nachverdichtung bestehender Stadtteile erfolgen. Dies minimiert den Flächenverbrauch und ermöglicht den BewohnerInnen oftmals, ihre täglichen Besorgungen in fußläufiger Entfernung zu erledigen.

Erfolgreich hat sich die Grüne Liste gegen den Bau des Gewerbegebiets G6 in Tennenlohe eingesetzt und so zusammen mit anderen Initiativen verhindert, dass die letzte Freifläche in Tennenlohe bebaut wird.



## Verkehr- und Stadtplanung

# Bewegungsfreiheit für alle

Erlangen soll eine lebenswerte Stadt bleiben, d. h. eine Stadt, in der Menschen wohnen, sich bewegen und frei atmen können. Ein wichtiger Punkt, um dieses Ziel zu erreichen, ist die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs auf das Notwendigste. Vor allem der Verkehr aus dem Umland in die Stadt wächst immer weiter.

Von einem Verkehrskollaps ist Erlangen zu Zeiten des starken Berufs- und Einpendelverkehrs nicht mehr weit entfernt. Nur durch aktiven Eingriff kann dies verhindert werden. Vorrangiges Ziel muss es dabei sein, den „Umweltverbund“ – bestehend aus öffentlichem Nahverkehr (ÖPNV), Radverkehr und Fußverkehr – durch aktive Fördermaßnahmen zu steigern.

Durch Verkehr werden Grenzen überschritten, es ist daher besonders wichtig auch über (Stadt)Grenzen hinweg zu denken und zusammenzuarbeiten. Wir wollen deshalb ein umfassendes Verkehrskonzept, in das die Umlandgemeinden mit einbezogen werden.

### Bus, Bahn und StUB

In Erlangen liegt die Nutzung des ÖPNV mit gerade mal 11% deutlich unter dem Durchschnitt anderer vergleichbarer Städte.

Nur ein attraktives Nahverkehrsnetz wird von den BürgerInnen genutzt. Doch diese notwendige Attraktivität fehlt an vielen Stellen im Stadtgebiet und insbesondere beim Anschluss umliegender Gebiete. Die notwendige Verbesserung des ÖPNV-Netzes kann durch zahlreiche kleine und große Maßnahmen erreicht werden:

- Verbesserung der vorhandenen Busbeschleunigung (Bevorzugung an Ampeln, Busspuren, etc.). Dabei darf es nicht zu einem Qualitätsverlust für den Fuß- und Radverkehr kommen.
- Integrierter Taktfahrplan: gute Anschlüsse auch zum Regionalverkehr über den ganzen Tag in gleichbleibender Qualität mit einprägsamen Takten und direkten Anbindungen zu wichtigen Zielen im Umland
- Ausbau des Nightliner-Angebots, insbesondere ins Umland
- Deutliche Verbesserung der Anschlüsse in die nahegelegenen Verkehrsknoten (Nürnberg, Fürth, Bamberg)
- Ausbau der Wartemöglichkeiten mit Wetterschutz und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder besonders im Innenstadtbereich und Bahnhofsnähe
- Stündlicher Halt des ICE in Erlangen

## **Stadt-Umland-Bahn**

Die StUB ist **das** zentrale Verkehrsprojekt in Erlangen für die nächsten Jahrzehnte. Von Anfang an setzt sich die Grüne Liste für den Bau der StUB ein und hat das Thema nie aus den Augen verloren. Die GL wird weiter dafür kämpfen, das Projekt trotz zu erwartender Störfeuer auch in Zukunft auf Kurs zu halten. Denn ohne die StUB werden die Pendelströme in naher Zukunft nicht mehr zu bewältigen sein. Grundsätzlich stimmen wir dem geplanten Streckenverlauf des sogenannten T-Netzes zu. Der Bau der Kosbacher Brücke würde einen starken Eingriff in das bestehende Biotop und das Naherholungsgebiet bedeuten. Daher werden wir uns im Verlauf der Planung für die alternative Variante der "Bürgerinitiative für Umweltverträgliche Mobilität im Schwabachtal" einsetzen, u.a. mit einer Führung über den Büchenbacher Damm. Bei der gesamten Planung und Realisierung müssen die BürgerInnen direkt beteiligt sein. Unter keinen Umständen darf über ihre Köpfe hinweg entschieden werden.

## **Fahrpreise im ÖPNV**

Wer den ÖPNV nutzt, vermeidet klimaschädliche Emissionen und ist bereit, einige Einschränkungen auf sich zu nehmen (feste Abfahrtszeiten, keine völlige Freiheit wie beim Auto, etc.). Dafür sollten diese Menschen nicht noch zusätzlich mit hohen Fahrpreisen belastet werden. Solange die Nutzung des ÖPNV nicht deutlich billiger ist als Autofahren, werden nur wenige auf den Komfort des eigenen Wagens verzichten wollen. Wir fordern daher in einem ersten Schritt die Wiedereinführung der Tarifstufe K, in einem weiteren ein „9-Uhr-Ticket“ für 25 Euro pro Monat.

Mobilität ist ein Grundbedürfnis und kein Luxusgut. GeringverdienerInnen, StudentInnen sowie ALG II- und SozialhilfeempfängerInnen müssen sich die Fahrt mit dem ÖPNV leisten können. Deshalb fordert die Grüne Liste schon seit vielen Jahren die Einführung von Sozial- und Semestertickets.

Eine möglichst hohe Auslastung des ÖPNV kommt allen ErlangerInnen zugute. Denn so kann Platzbedarf bei Parkplätzen eingespart und die Lärm- und Abgasbelastung deutlich reduziert werden. Das bedeutet eine höhere Wohn- und Lebensqualität in der Stadt. Nicht zuletzt verringert sich der Zuschussbedarf für den ÖPNV. Vorbild ist hier die Stadt Wien, die trotz radikaler Tarifsenkung (ein Jahresticket kostet 1 Euro/Tag, also insgesamt 365 Euro) mehr Einnahmen durch erhöhte Fahrgastzahlen hat als vor der Senkung.

## **Nicht-motorisierter Verkehr**

Erlangen ist von Ausmaß und Beschaffenheit her eine optimale Fahrrad- und Fußwegstadt. Öffentliche Straßen und Plätze sollen mehr sein als nur ein Raum für den Verkehr. Es muss auch gesichert sein, dass den Mobilitätsbedürfnissen aller Menschen weitgehend entsprochen werden kann. In diesem Spannungsfeld widerstreitender Interessen bewegt sich kommunale Verkehrspolitik.

## **Zu Fuß**

Alle Menschen sind zuallererst FußgängerInnen. Auch für FußwegnutzerInnen mit besonderen Bedürfnissen (z. B. Rollstuhl, Kinderwagen, Gepäck, Bewegungseinschränkungen) müssen die Wege entsprechend gestaltet sein. Daher setzen wir uns besonders für Wege mit ausreichender Breite und Barrierefreiheit ein.

- Erlangen braucht eine fußgängerInnenfreundliche Gestaltung öffentlicher Räume, sowohl beim Einkaufen als auch im Wohngebiet.
- FußgängerInnenachsen müssen gegenüber dem Autoverkehr Vorrang haben.
- Im Rahmen von Um- und Neubauten in Wohngebieten sollen Spielstraßen (verkehrsberuhigte Bereiche) bevorzugt werden.
- Alle brauchen mal eine Pause: Wir fordern die Schaffung von überdachten Aufenthalts- und Sitzmöglichkeiten in stark genutzten Bereichen.

## Mit dem Rad

Besonders im Hinblick auf den Klimaschutz sollte es selbstverständlich werden, dass für Fahrräder mindestens so viel Komfort zur Verfügung steht wie für Autos, eigentlich noch viel mehr.

- In Erlangen fehlen leistungsfähige Fahrradachsen besonders im Zentrum, genauso von Süden nach Norden wie von Westen nach Osten.
- Um den Fahrradverkehr zu bewältigen – und natürlich auch zu fördern – müssen die wichtigen Strecken breit genug und möglichst kreuzungsfrei ausgebaut werden.
- Radwege hinter der Gehsteigkante sind sehr gefährlich und unangenehm (für die FußgängerInnen und an den Kreuzungen für die RadfahrerInnen), sie müssen auf die Fahrbahnfläche.

Abstellplätze für Fahrräder sind ein Stiefkind in der Stadt, wir brauchen daher:

- eine Fahrradstation am Bahnhof.
- komfortabel ausgelegte Dauerabstellplätze bei Arbeitsplätzen (z. B. mit Personalduschen bei großen Arbeitgebern).
- funktionstüchtige Abstellflächen beim Einkaufen.
- Im Winter müssen Radwege auch geräumt und gestreut werden, damit Radfahren witterungsunabhängiger wird.
- Ein langfristig ausgerichteter Plan für die Fahrradentwicklung (Vision für effiziente Förderung des regionalen Radverkehrs) muss erstellt und umgesetzt werden.

## Weg vom Auto

Es gibt einen Trend weg vom Auto: Der Anteil an jungen Menschen mit Führerschein sinkt langsam, insbesondere junge Erwachsene (25-35 Jährige) besitzen immer seltener ein eigenes Auto.

Das Fortbewegen mit dem eigenen Auto ist meist nicht die Erfüllung des Grundbedürfnisses nach Mobilität, sondern Luxus zu Lasten anderer Menschen und zukünftiger Generationen. Die AnwohnerInnen im Stadtgebiet werden durch den starken Zufluss aus dem Umland besonders belastet. Um dem entgegenzuwirken, muss der motorisierte Individualverkehr auf das Notwendigste begrenzt werden.

Die Attraktivitätssteigerung von ÖPNV und nicht-motorisiertem Verkehr genügt nicht, um die Menschen zum Umsteigen und Umdenken zu bringen. Wir wollen jedoch mehr Bewegung in die Verkehrspolitik bringen und eine wesentliche Verlagerung erreichen.

Wir setzen uns daher **ein** für eine sofortige und wirkungsvolle Begrenzung auf den notwendigen Verkehr\* in einzelnen besonders belasteten Straßen, wie z. B. Henkestraße, Friedrichstraße, Pfarrstraße und Neue Straße. Damit soll der motorisierte Durchgangsverkehr aus der Innenstadt verbannt werden. Die bereits vorhandenen Alternativrouten sollen besser ausgewiesen werden.

Wir machen uns stark für Tempo 30 in der ganzen Stadt und langfristig für eine autofreie Innenstadt.

\* Notwendiger Verkehr: „Der Rettungsverkehr, der Verkehr der Not- und Behindertendienste, aber auch der private Transport von Patienten zu Arztpraxen und Kliniken sowie alle damit vergleichbaren Fälle; Wirtschaftsverkehr, der andient, ver- und entsorgt oder im Zusammenhang mit Bau- und Handwerksarbeiten anfällt und alle sonstigen damit vergleichbaren Fälle; Einkaufsverkehr, für den wegen der Entfernung oder der Art des Einkaufs die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, des Fahrrads oder das Zu-Fuß-Gehen nicht zumutbar ist; Freizeitverkehr, für den es keine zumutbaren Alternativen gibt.“ (Definition aus den ‘Leitlinien zur Siedlungsentwicklung und zum Verkehr in Erlangen’, Stadt Erlangen, 1999)



# Ein Zuhause für alle Bedürfnisse

## Mangelware Wohnraum

In den letzten 15 Jahren hat sich die Zahl der EinwohnerInnen in Erlangen um ca. 5 000, die der Arbeitsplätze um ca. 20.000 erhöht. Auch die Anzahl der Studierenden ist drastisch gestiegen. Dagegen sind im selben Zeitraum nur ca. 3000 Wohnungen neu geschaffen worden. Die Folgen sind eine zunehmende Wohnungsknappheit und rapide steigende Mieten. Bezahlbarer Wohnraum ist in Erlangen mittlerweile Mangelware.

Dieser Entwicklung kann kurzfristig nur geringfügig entgegen gewirkt werden, da der Wohnungsneubau von der Planung bis zur Fertigstellung mindestens 2 Jahre in Anspruch nimmt. Außerdem gibt es kaum mehr geeignete Bauplätze für Mehrgeschosswohnungen in Erlangen. Leider wurde das innenstadtnahe ehemalige Gelände von Siemens UB Med ausschließlich mit Reihenhäusern bebaut. Auch im Röthelheimpark wurden, abweichend von den ursprünglichen Planungen, überwiegend Reihenhäuser statt Mehrfamilienhäuser errichtet - gegen die Stimmen der Grünen Liste.

Wohnungspolitischer Schwerpunkt muss der Neubau von preiswerten Mietwohnungen sein. Eine wichtige Rolle spielt dabei die städtische GeWoBau GmbH. Wichtig ist aber auch, dass künftige Bebauungspläne vor allem Mehrgeschosswohnungsbau ausweisen.

## Energieeinsparung und Barrierefreiheit

Beim Neubau und bei Sanierungen gilt: Im Vordergrund müssen Energieeinsparung, Barrierefreiheit und eine flexible Wohnraumgestaltung stehen. Wir brauchen Wohnungen, die für Jung und Alt, für Familien, Alleinstehende, Lebens- und Wohngemeinschaften geeignet sind und wenig durch Lärm, Abgase und andere Schadstoffe belastet werden. Im Wohnumfeld muss es ausreichende Grünflächen, Spielplätze und Aufenthaltsräume geben. Einkaufsmöglichkeiten, Freizeit-, Sport- und Kulturangebote sollten feste Strukturmerkmale in jedem Wohngebiet sein.

Unsere konkrete Forderungen:

- Der Neubau von Mehrgeschosswohnungen mit angemessener Nachverdichtung hat absolute Priorität bei der Stadtplanung und Stadtentwicklung.
- Beim Um- und Neubau von gewerblich genutzten Gebäuden muss stets geprüft werden, ob auch Wohnungen integriert werden können.
- Energieeinsparmaßnahmen gerade auch im Mehrgeschosswohnungsbau sind von der Stadt Erlangen durch entsprechende Zuschüsse und Beratungen wesentlich stärker als bisher zu fördern. Selbstverständlich sollen Solarenergie und Photovoltaik zur Grundausstattung gehören. Energiespar- und Passivhäuser bleiben nicht auf einzelne Vorzeigebjekte beschränkt, sondern werden bei Neubauten der Regelfall.
- Bei neuen Gebäuden wird darauf geachtet, dass sie kinder-, familien-, alten- und behindertengerecht angelegt oder später entsprechend umgebaut werden können.
- Eine frauengerechte Stadtplanung kommt allen BürgerInnen zu gute. So sollen kurze Wege gewährleistet und Angsträume (dunkle Parkhäuser, Tiefgaragen, etc.) vermieden werden. Es muss auf ein attraktives Wohnumfeld geachtet werden.

- Besondere Wohnungsformen wie z.B. Wohngemeinschaften für SeniorInnen, Wohnprojekte für Alleinerziehende und Mehrgenerationenhäuser sind von der Stadt zu fördern.
- Eine bessere ÖPNV-Anbindung von Wohngebieten in Randlagen, vor allem durch die Stadt-Umland-Bahn (StUB), soll gewährleistet werden.
- Universität und Universitätskliniken sind mehr in die Verantwortung zu nehmen, indem sie mehr Flächen für Wohnraum zur Verfügung stellen.
- Eine private Zimmervermittlung für Kurzzeitübernachtungen, beispielsweise für StudienanfängerInnen und Gäste von Kulturveranstaltungsreihen, wird eingerichtet.



## **Attraktive Altstadt Mix aus Wohnen, Kultur und Geschäftsleben**

Die Erlanger Altstadt hebt sich positiv ab von vielen anderen Innenstädten. Sie ist Wohnraum, bietet viele Geschäfte und ein breites Kulturangebot. Hier wohnen ca. 10.000 Menschen. Dieser Mix aus Wohnen, Kultur und Geschäftsleben ist etwas Besonderes und erhaltenswert, auch wenn dadurch Konflikte entstehen.

Die „Erlangen Arcaden“ haben nicht den versprochenen Schwung für die Innenstadt gebracht. In seiner Struktur passt dieses Einzelhandelszentrum nicht in die Erlanger Innenstadt. Andere Geschäfte nördlich der Arcaden müssen deutliche Umsatzrückgänge verbuchen - einige haben bereits geschlossen. Umso wichtiger ist es, den Bereich von der südlichen Stadtmauerstraße bis zur Schwabach aufzuwerten und dessen Besonderheiten zu erhalten.

- Unser Ziel ist eine lebendige Altstadt mit einem verkehrsberuhigten Bereich von der Henkestraße bis zum Martin-Luther-Platz und von der Bahnlinie bis zum Schlossgarten. Die Grüne Liste unterstützt den Verwaltungsvorschlag, dass dieser Bereich Fahrrad- und Fußgängerzone wird. Der Autoverkehr sollte aus diesem Gebiet komplett herausgenommen werden.
- Attraktive Plätze und Einrichtungen, die niemanden von der Teilhabe ausschließen, bilden den sozialen Kern der Altstadt. Beispielsweise könnte der Theaterplatz mehr als eine Parkfläche mit Spielplatz sein. Neben Raum für viele Geschäfte, Gaststätten und Kneipen und einem breiten Kulturangebot darf es an Rückzugsmöglichkeiten nicht fehlen. Das Herzstück der Altstadt ist ein ausreichendes Wohnungsangebot für alle Bevölkerungsschichten. Dank der Arbeit des Altstadtforums ist hier bereits einiges vorangekommen.

Das sind unsere nächsten Schritte:

- Eine tatsächliche Verkehrsberuhigung der Goethestraße, der Heuwaagstraße und der nördlichen Hauptstraße. Der Busverkehr in diesen Straßen muss reduziert werden, allerdings nicht auf Kosten der Anbindung der Altstadt an den öffentlichen Nahverkehr. Ein Mediationsverfahren, bei dem sich alle BürgerInnen der Stadt einbringen können, wäre hier ein erster Schritt. Denkbar ist z.B., einen Teil des Busverkehrs westlich an der Innenstadt vorbei über die Münchner Straße zu führen. Im Innenstadtbereich könnten dann Kleinbusse mit Elektromotor eingesetzt werden.
- Der Durchgangsverkehr wird im Zuge des so genannten „Erlanger U“ herausgenommen und über die A 73 geführt. Sinnvoll ist die Sperrung der Neue Straße auf Höhe der Universitätskliniken für den Durchgangsverkehr.

Die Innenstadt ist für alle da. Durch städtische Satzungen wie das sogenannte Alkoholverbot auf öffentlichen Straßen, Plätzen und Grünanlagen werden aber einzelne Gruppen aus dem öffentlichen Raum verdrängt. Alkoholmissbrauch und Vandalismus haben dadurch nicht abgenommen. Solche Verbote sind unnötig und bieten keine Lösung der Problemlagen. Gerade Jugendliche sind seit Inkrafttreten dieser Verordnung von Kontrolldruck und auch Polizeiwillkür betroffen. Viele von ihnen fühlen sich zu Unrecht kriminalisiert.

- Das selbst verwaltete Jugendhaus bleibt dauerhaft erhalten und wird weiterhin von der Stadt finanziell unterstützt. Weitere Freiräume für Jugendliche sind notwendig. Der Bau eines Jugendtreffs beim E-Werk könnte in den nächsten 3 Jahren realisiert werden.
- Für das sogenannte Pinsl-Haus in der westlichen Stadtmauerstraße wird eine Nutzung im öffentlichen Interesse gesucht.
- Es werden mehr Bänke und öffentliche, barrierefreie Toiletten aufgestellt.
- Parkmöglichkeiten außerhalb der großen Plätze – derzeit Altstadt-, Groß- und Westparkplatz – werden abgebaut und die verbleibenden nur den AnwohnerInnen zur Verfügung gestellt und zum Teil als Behindertenparkplätze ausgewiesen. Die Schiff-, Glocken- und Theaterstraße werden auf den Anliegerverkehr beschränkt. Wie im gesamten Innenstadtbereich auch, braucht es mehr Personal für die Verkehrsüberwachung.
- Das Egloffsteiner Palais (VHS) sollen in städtischem Besitz bleiben und zügig renoviert werden.
- Der Markt soll attraktiver gestaltet werden.
- Die Renovierung des Freizeitzentrums Frankenhof in der südlichen Stadtmauerstraße beginnt noch 2014.

Dabei sollte auch eine deutlich größere Nutzfläche, soweit möglich unter Erhalt des bestehenden Gebäudes geschaffen werden. Bei einem Neubau muss Passivhaus-Energiestandard eingehalten werden.



## **Reiche BürgerInnen – arme Stadt**

### **Kommunale Wirtschaft und Finanzen**

Erlangen ist eine Universitätsstadt und ein Standort von vielen forschungs- und technologieorientierten Unternehmen. Die kommunale Wirtschaftspolitik und Beschäftigungslage ist im Wesentlichen durch zwei großen ArbeitgeberInnen geprägt: die Universität inklusive der Kliniken und die Firma Siemens AG. Aufgrund des hohen Anteils an AkademikerInnen und Angestellten liegt das durchschnittliche Einkommen in Erlangen über dem Bundesdurchschnitt. Die Arbeitslosenquote ist niedrig. Dennoch sind die städtischen Steuereinnahmen unterdurchschnittlich. Das liegt daran, dass viele der 104.000 oft gut bezahlten Erlanger Beschäftigten im Umland wohnen, große Firmen ihre Gewerbesteuer nicht in Erlangen, sondern an ihren Hauptstandorten abführen und Universität und Uniklinik keine Gewerbesteuer bezahlen müssen. Selbst für absolut notwendige Maßnahmen (z. B. die Sanierung des Freibades West) fehlt das Geld.

### **Mehr Geld für die Stadt**

Ausreichende Finanzkraft von Städten und Gemeinden ist eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Kommunalpolitik. Der Handlungsspielraum auf kommunaler Ebene ist allerdings nicht sehr groß. Eine unsachgemäße Verteilung der Gelder zwischen Bund, Ländern und Gemeinden hat viele Kommunen in Bedrängnis gebracht. In diesen engen Schranken muss die städtische Finanzpolitik trotzdem langfristige Handlungsfähigkeit mit den Zielen sozialer Gerechtigkeit, kultureller Vielfalt und ökologischer Verantwortung in Einklang bringen. Man darf nicht nur die Ausgabenseite betrachten und den Rotstift ansetzen - es müssen die Einnahmen erhöht werden.

Folgende Maßnahmen sind dazu notwendig:

- Angleichung der Gewerbesteuersätze in der Metropolregion, d.h. weitere (schrittweise) Erhöhungen in Erlangen
- Eine stärkere Beteiligung der städtischen Tochtergesellschaften, insbesondere der Sparkasse, am kommunalen Haushalt durch Gewinnabführung
- BürgerInnenanleihen können für spezielle Projekte aufgenommen werden (z.B. für Sporthallen und für die Stadt-Umland-Bahn).



- Wie in anderen Städten möchten wir einen BürgerInnenhaushalt über die städtische Webseite einführen. Hier kann JedeR Vorschläge einbringen, wofür die Stadt Geld ausgeben sollte und wo sie einsparen kann.
- Überfällig, aber kommunal leider nicht durchsetzbar, ist eine andere Aufteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund, Ländern und Kommunen und eine Änderung bei der Förderpraxis von Bund und Land. Eine bessere Kontrolle der Unternehmenssteuerzahlungen ist notwendig. Außerdem müsste das Konnexitätsprinzip, d.h. wer bestellt, muss auch zahlen, tatsächlich umgesetzt werden.
- Ausgaben für Schulen, Kinder- und Jugendarbeit, für soziale Initiativen und Projekte sowie für Bildung, Kultur und Umweltschutz sind nicht nur notwendig, sondern auch auf Dauer lohnende Investitionen. Eine attraktive Stadt mit hoher Lebensqualität ist zudem ein guter und werbewirksamer Standortfaktor. Dagegen könnte auf die eine oder andere kostspielige Imagepflegebroschüre und PR-Maßnahme verzichtet werden.
- Nicht zielführend ist der Verkauf von sogenanntem "Tafelsilber" (insbesondere städtischer Grundbesitz), da die Stadt dadurch langfristigen Gestaltungsspielraum verliert.

In dieser Richtung sind auch Erfolge zu verzeichnen. Seit Jahren setzt sich die Grüne Liste für eine Erhöhung der Gewerbesteuer ein. 2012 wurde diese Steuer für größere Unternehmen dann auch angehoben, was dem städtischen Haushalt dringend notwendige Mehreinnahmen bescherte. Nun wird mehr Geld für Schulsanierungen ausgegeben. So sind energetische Sanierungen möglich geworden, wenn auch noch nicht in dem von uns gewünschten Umfang. Auf der anderen Seite konnten größere Ausgaben, wie beispielsweise das umstrittene Gewerbegebiet in Tennenlohe (G6), verhindert werden. Dank unserer Beharrlichkeit beteiligt sich die Sparkasse jedes Jahr mit zusätzlich 475.000 Euro an städtischen sozialen Projekten. Unserer Meinung nach kann die Sparkasse auch einen höheren Betrag gut verkraften.

## **Vielfalt statt Monokultur**

Das Image Erlangens ist durch einen relativ hohen Lebensstandard geprägt. Aber auch in der Hugenottenstadt hat sich die soziale Schere weiter geöffnet: Immer mehr Menschen müssen weit unter dem Einkommensdurchschnitt ihr Leben organisieren. Sinnvolle Arbeit ist wichtig für die Zufriedenheit von Menschen. Die Grüne Liste unterstützt die Entwicklung und den Erhalt von Arbeitsplätzen in Erlangen. Die Stadt braucht eine Wirtschaftspolitik, die sich unternehmerischen Einzelinteressen nicht einfach unterordnet, sondern sich an umwelt- und sozialpolitischen Zielen sowie den konkreten Bedürfnissen der Menschen orientiert und das kulturelle Leben fördert. Dazu ist eine regional abgestimmte Strukturpolitik notwendig, die sich auf den gesamten Großraum Nürnberg-Fürth-Erlangen-Schwabach und das Umland bezieht.

- Wir wünschen uns mehr kleine und mittelständische Betriebe, die aus einem breit gefächerten Spektrum kommen – am liebsten aus dem ökologischen und sozialen Bereich. So wäre Erlangen unabhängiger von der Situation in den Großbetrieben.
- Wir wollen ein gemeinsames Gewerbeflächenmanagement mit Nürnberg, Fürth, Schwabach und den angrenzenden Landkreisen, angesichts der Tatsache, dass es im Großraum nur noch wenige Flächen gibt, die ohne große ökologische Nachteile als Gewerbegebiet geeignet sind. Ermessensspielräume in der Wirtschaftsförderung sind zugunsten kleinerer Gewerbebetriebe auszuliegen und bürokratische Hürden zu reduzieren.
- Wohnen und Arbeiten möchten wir verbinden: Bei gewerblichen Gebäuden sollen auch Wohnungen integriert werden. Ein solches urbanes Leben ist z. B. im Französischen Viertel in Tübingen möglich (<http://www.franzoesisches-viertel.net>).

- Die Einkaufsqualität in der Innenstadt muss verbessert werden. Das erst vor kurzem verabschiedete Einzelhandelskonzept bietet hierfür eine sehr gute Grundlage. Die dort vorgesehene Markthalle wird von uns unterstützt und sollte umgesetzt werden.

## **Faire Arbeitsverhältnisse für alle**

Die Stadt und ihre Tochtergesellschaften gehören zu den wichtigen ArbeitgeberInnen in Erlangen. Sie haben eine Vorbildfunktion und hohe Verantwortung. Die Aufgaben der Stadt nehmen ständig zu - häufig verursacht durch die Politik in Bund und Land. Den gestiegenen Anforderungen wird die aktuelle Beschäftigtenzahl nicht gerecht. Höhere Arbeitsbelastungen für die Einzelnen, verbunden mit Stress und Unzufriedenheit, sind die Folge. Es fehlt Zeit für Fortbildung und notwendige Aufgaben werden manchmal nur unzureichend bearbeitet. Im Zuge der Haushaltskonsolidierung wurden in den letzten Jahren falsche Wege eingeschlagen: Stellenabbau und Privatisierung einzelner Bereiche. Der gewünschte Einspareffekt ist nicht eingetreten.

Die Stadt und ihre Töchter sind nicht nur Arbeitgeberinnen, sondern auch Auftraggeber- und Käuferinnen. Mit unserem Einsatz für ein nachhaltiges und ökologisches Beschaffungswesen sind wir in den letzten Jahren einen Schritt vorangekommen: Erlangen trägt inzwischen den Titel 'Fair Trade Stadt'. Bei Bauaufträgen wird die Einhaltung der geltenden Tarifverträge verlangt - leider ohne ausreichende Kontrolle. Inzwischen hat auch die von der Grünen Liste durchgesetzte Mitarbeiterin für öffentliches nachhaltiges Beschaffungswesen ihre Arbeit aufgenommen.

Wir wollen

- eine den Aufgaben angemessene Anzahl von MitarbeiterInnen und eine Reduzierung der Aufgabenfelder auf die wirklich sinnvollen Bereiche (z. B. keine Teilnahme an Wettbewerben, die ohne oder nur von geringem Nutzen für die Stadt sind, wie etwa die Bundesgartenschau).
- sichere und auskömmliche Arbeitsverhältnisse für alle Beschäftigten und keine Befristungen der Arbeitsverträge.
- Ausgliederte Tätigkeiten, wie die Gebäudereinigung und die Abfuhr von Altpapier, sollen wieder direkt bei der Stadt angesiedelt werden.
- Der öffentliche Dienst braucht wesentlich mehr Beschäftigte mit Migrationshintergrund. Dazu müssen flexible Arbeitsbiographien zugelassen werden, auch um dem drohenden Fachkräftemangel begegnen zu können.
- Die Stadt gewährt verlässliche finanzielle Unterstützung für Selbsthilfegruppen und andere Initiativen, die mit fest angestelltem Personal arbeiten.
- Städtische Aufträge werden ausnahmslos nach nachhaltigen und ökologischen Kriterien an Unternehmen vergeben, die nachweisbar Sozialstandards einhalten.

## Für eine soziale Stadt Solidarisch zusammenleben

Erlangen ist eine Stadt mit überdurchschnittlich wohlhabenden BewohnerInnen. Dennoch gibt es viele Menschen, die kaum das Nötigste zum Leben haben. Obwohl die Zahl der Arbeitslosengeld II- und SozialhilfeempfängerInnen in den vergangenen Jahren gesunken ist, muss noch viel getan werden. Gerade der wachsende Niedriglohnsektor macht sich dabei bemerkbar und "working poor" (Menschen, die von ihrem Einkommen ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können) sind leider keine Ausnahme mehr.

Besonders SeniorInnen werden in der nächsten Zeit aufgrund der Rentenproblematik und der ständig steigenden Kosten im Gesundheitswesen zunehmend von Armut betroffen sein. Aber auch die Armut von Kindern ist ein großes Problem. Ihnen werden von Anfang an viele Chancen genommen. Das darf nicht so bleiben.

Wir wünschen uns eine Stadt, in der niemand Not leiden muss. Soweit jemand zu wenig Geld hat, muss von der Stadt unbürokratisch und effektiv geholfen werden. Der Armuts- und Reichtumsbericht für die Stadt ist alle 6 Jahre zu aktualisieren.

### Soziale Teilhabe

Es reicht nicht aus, dass die Stadt Erlangen das gesetzlich vorgeschriebene Arbeitslosengeld II an die Betroffenen auszahlt. Wichtig ist, dass allen BürgerInnen ein uneingeschränkter Zugang zu sämtlichen sozialen, kulturellen, sportlichen und bildenden Einrichtungen ermöglicht wird. Wir fordern daher die Einführung eines **Erlangen Passes**, der den Betroffenen einen kostenlosen oder verbilligten Zugang zu Einrichtungen der Stadt Erlangen, wie z. B. Schwimmbädern, der Stadtbücherei, Veranstaltungen, Ferienprogrammen oder der Jugendfarm ermöglicht. Besonders wichtig wäre auch die Einführung der schon seit Jahren geforderten Sozial- und Semestertickets, die EmpfängerInnen von Transferleistungen (ALG II - „Hartz IV“, Sozialhilfe) und StudentInnen die Nutzung des ÖPNV ermöglichen würden.

Zur Bekämpfung der Kinderarmut muss ein Sonderhilfsprogramm durch die Stadt Erlangen erstellt werden, welches auch eine zusätzliche finanzielle Förderung beinhaltet. Die optimierte Lernförderung im Rahmen des Bildungspaketes ist auszubauen, so dass jedes Kind die notwendige Förderung erhält. Bildung ist der beste Weg, um langfristig sozialer Ungleichheit vorzubeugen. Armut darf nicht vererbbar sein.

Es müssen die unabhängigen Beratungsstellen für TransferleistungsempfängerInnen von der Stadt finanziert werden. Zusätzlich fordern wir, dass eine Broschüre und ein Online-Portal erstellt werden, die über die wichtigsten Ermäßigungen bei städtischen Einrichtungen und über die wichtigsten Zuschüsse und Förderungen informiert. Dort sollten auch AnsprechpartnerInnen genannt werden, an die sich Betroffene wenden können. Sinnvoll wäre auch eine Aktion "Ein-Euro-Weiterbildung für alle TransferleistungsempfängerInnen", bei der diese städtische Einrichtungen zur Weiterbildung für einen Euro pro Monat besuchen können.

Auch bezahlbarer Wohnraum ist ein wichtiger Eckpunkt für soziale Teilhabe. Leider sind gerade in Erlangen günstige Wohnungen Mangelware. (Siehe dazu auch das Kapitel Wohnen).

Die kostenlose Energieberatung muss verstärkt beworben und angeboten werden. Stromsperren aus sozialen Gründen sind zu unterlassen. Ein Fördertopf zur Anschaffung von effizienten Haushaltsgeräten soll eingerichtet werden.

Seit einigen Jahren gibt es das Insolvenzgesetz. Dieses sieht vor, dass auch Privatleute sich unter gewissen Voraussetzungen innerhalb von sieben Jahren entschulden können. Hierfür benötigen die Betroffenen aber eine professionelle Beratung. Die derzeit bestehende Schuldnerberatung ist personell unterbesetzt. Hier muss die Stadt Erlangen die Finanzmittel für die Schaffung zumindest einer weiteren Stelle für die Schuldnerberatung mit dem Schwerpunkt Hilfe für junge Menschen sichern.

Einrichtungen, die sich um sozial Benachteiligte kümmern, wie z. B. die Erlanger Tafel, die Erlanger Obdachlosenhilfe e. V. oder der Sozialtreff Erlangen e. V., müssen von der Stadt Erlangen dauerhaft und ausreichend finanziell unterstützt werden.

## **Prekäre Beschäftigungsverhältnisse**

Privatisierungen von städtischen Arbeiten führen in der Regel zu einer Verschlechterung für die Beschäftigten und werden schon deshalb von uns abgelehnt. Das sogenannte "outsourcing", d. h. das Übertragen von Aufgaben der Stadt und ihrer Tochtergesellschaften auf private Dritte ist einzustellen. Beispielsweise hat die Privatisierung der Putzdienste bei der Stadt Erlangen weder zu mehr Sauberkeit noch zu erheblichen Kosteneinsparungen geführt. Die bei privaten Reinigungsunternehmen Beschäftigten sind jedoch sozial viel schlechter abgesichert als städtische Beschäftigte.

Problematisch ist auch die Zunahme von Leiharbeitsverhältnissen. Wer auf solche Beschäftigungsverhältnisse angewiesen ist, bekommt häufig nur ein Gehalt knapp über dem Existenzminimum und hat deutlich weniger ArbeitnehmerInnen-Rechte als festangestellte KollegInnen. Die Stadt Erlangen und ihre Tochtergesellschaften greifen nicht auf Leiharbeitsverhältnisse zurück, das muss so bleiben.

Auch die übermäßige Zunahme von befristeten Arbeitsverhältnissen stellt ein Problem dar. Mangels gesicherter Arbeitsplätze sind die befristet Beschäftigten häufig "erpressbar". Vor allem an der Universitätsklinik, aber auch bei der Stadt Erlangen und ihren Tochtergesellschaften müssen immer mehr ArbeitnehmerInnen mit befristeten Verträgen arbeiten. Befristete Arbeitsverhältnisse sind bei der Stadt und ihren Tochtergesellschaften auf das absolute Mindestmaß zu reduzieren.

Hinzu kommt, dass immer mehr Firmen verlangen, dass die Arbeitssuchenden zuerst einmal ein mehrmonatiges Praktikum ohne oder mit extrem niedriger Bezahlung machen.

Damit "working poor" endlich der Vergangenheit angehören, muss es einen verbindlichen Mindestlohn geben. Nur so bekommen auch die "AufstockerInnen" eine Chance, ohne Transferleistungen ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten.

Ursprünglich waren die 400€-Jobs geschaffen worden, um Arbeitslosen wieder einen ersten Zugang zum Arbeitsmarkt zu verschaffen. Diese Rechnung ist leider nicht aufgegangen, stattdessen sind die meisten Mini-Jobs ein Dauerzustand, der auf lange Sicht zu Altersarmut führt. Gerade Frauen arbeiten im Niedriglohnsektor, was dazu führt, dass sie nur sehr niedrige Rentenansprüche erwerben. Neueste Umfragen zeigen, dass den 400€-JobberInnen häufig kein Krankengeld gezahlt wird, ihre Urlaubsansprüche nicht ernst genommen und Überstunden, die über die 400€ hinausgehen, gar nicht oder schwarz bezahlt werden. Besser wäre es deshalb, Teilzeitstellen und die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder auszubauen und das Mini-Job-Modell zu überarbeiten.

## **Falscher Weg „Hartz IV“**

„Hartz IV“ ist grundsätzlich der falsche Weg. Unser Wunsch ist, dass jedeR künftig ausreichend finanzielle Mittel erhält, um ihren/seinen Lebensunterhalt angemessen bestreiten zu können. Die bloße Weiterentwicklung dieses Gesetzes kann nicht unser Ziel sein. Wir brauchen einen emanzipatorischen Ansatz: eine bedingungslose Grundsicherung ohne Repression.

Anfang 2005 ist das sogenannte Hartz IV-Gesetz in Kraft getreten. Erlangen gehört zu den wenigen Kommunen, welche die Umsetzung dieses Gesetzes in Eigenregie durch das Amt für Soziales, Arbeiten und Wohnen und die städtische Tochtergesellschaft GGFA (Gesellschaft zur Förderung der Arbeit) betreiben.

Es handelt sich hier um ein Bundesgesetz. Auf kommunaler Ebene besteht kein Handlungsspielraum, gegen die Mängel dieses Gesetz vorzugehen. So ist zum Beispiel die Höhe des ALG II von monatlich 382 € viel zu gering. Außerdem ist der Übergang von ALG I zu ALG II in den meisten Fällen zu abrupt. Kommunalpolitisch kann nur Einfluss auf die Umsetzung von Hartz IV genommen werden. Die Grüne Liste will hier in etlichen Punkten eine andere Herangehensweise erreichen:

- Die SachbearbeiterInnen sind anzuweisen, künftig ihren Ermessensspielraum stets zu Gunsten der AntragstellerInnen auszuüben.
- Bei den unter 25-Jährigen ist grundsätzlich ein berechtigtes Interesse zu bejahen, wenn diese aus der Wohnung der Eltern in eine eigene Wohnung umziehen wollen.
- Nach wie vor werden die AntragstellerInnen übermäßig ausgeforscht und überprüft, angeblich um einen vermuteten sozialen Missbrauch zu vermeiden. Dieser Nachforschungsaufwand dient tatsächlich in erster Linie der Einschüchterung der Betroffenen. Ein Bruchteil dieses Nachforschungsaufwandes hingegen würde z. B. im Bereich der Gewerbesteuer die Stadtkasse um ein Vielfaches füllen.
- Ein großes Problem ist, dass die Übernahmehöhe der Unterkunftskosten für die Erlanger Verhältnisse viel zu gering ist. Hier wäre eine angemessene Anhebung um mindestens 20 % erforderlich.
- Notwendig ist auch ein sogenannter 3. Arbeitsmarkt, d. h. öffentlich finanzierte reguläre Arbeitsplätze für Menschen, die nicht in den 1. oder 2. Arbeitsmarkt vermittelt werden können. Dies ist im Endeffekt billiger als Hartz IV und für die Betroffenen ein großer Vorteil.
- TransferleistungsempfängerInnen ist das Recht einzuräumen, eine angebotene Arbeitsstelle abzulehnen, ohne dass Leistungskürzungen verhängt werden, wenn der Lohn unter dem üblichen Gewerkschaftstarif oder unter 8,50 Euro brutto liegt.
- Außerdem sollten TransferleistungsempfängerInnen ein gebührenfreies Girokonto bei der Sparkasse Erlangen erhalten.

## **Barrierefreie Stadt**

Alle Stadtratsfraktionen sind sich darüber einig, dass Erlangen so weit wie möglich barrierefrei sein soll. Bei der konkreten Umsetzung der Barrierefreiheit im Einzelfall sind die Meinungen jedoch sehr verschieden.

Aufgrund eines Antrags der Grünen Liste ist die Stadt Erlangen der “Erklärung von Barcelona” beigetreten, die genauere Standards für Barrierefreiheit und die Gleichstellung behinderter und älterer Menschen aufführt. Leider fehlt es trotzdem vielfach an der Umsetzung konkreter Maßnahmen, die in diesem Zusammenhang notwendig wären.

Wir setzen uns ein für eine barrierefreie Stadt, die allen die größtmögliche Mobilität bietet.

Einzelne Schritte:

- Öffentliche Gebäude müssen tatsächlich barrierefrei zugänglich sein und behindertengerechte Toiletten haben. Auch Internetangebote und Neue Medien sollen barrierefrei gestaltet sein. Von Seiten der Stadt Erlangen ist durch entsprechende Interventionen und finanzielle Unterstützung dafür zu sorgen, dass auch sämtliche privaten kulturellen, sozialen und sportlichen Einrichtungen barrierefreie Zugänge und behindertengerechte Toiletten erhalten. Die Umsetzung des Gaststättenrechts, das die Barrierefreiheit inzwischen auch für Gaststätten fordert, ist von der zuständigen Behörde ohne Kompromisse einzufordern.
- Grundsätzlich sollten die Normen DIN 18024 (Barrierefreiheit für öffentliche Wege, Plätze, Gebäude etc.) und DIN 18025 (Barrierefreie und rollstuhlgerechte Wohnungen) beachtet werden. Alle Schwimmbäder werden nach diesen Normen gestaltet.
- Das Bayerische Gleichstellungsgesetz fordert, dass in privaten Wohngebäuden mit mehr als zwei Wohnungen die Wohnräume eines Geschosses barrierefrei erreichbar sein müssen. Diese Vorschrift ist leider noch zu wenig bekannt und muss daher konsequent überwacht werden.
- Bei der Gestaltung des öffentlichen Raums dürfen die Notwendigkeiten der Barrierefreiheit (wie z. B. die Ausstattung von Kreuzungen mit blinden- und sehbehindertengerechten Einrichtungen) nicht gestalterischen Wünschen geopfert werden.
- Fußwege müssen als solche auch freigehalten werden und insgesamt breit genug sein. Bei falsch abgestellten Fahrzeugen sollte strikter durchgegriffen werden.
- Im öffentlichen Nahverkehr eingesetzte Busse und alle Haltestellen (z. B. auch die Lesbarkeit der Fahrpläne) müssen behindertengerecht ausgestattet sein.
- Die notwendigen Einstiegshilfen am Erlanger Bahnhof sind bei allen Zügen zu leisten und dürfen nicht mit den Dienstzeiten des Servicepersonals enden.
- Bei der Sanierung des Freizeitentrums Frankenhof sind barrierefreie Gästezimmer vorzusehen.

## Ein Dach für alle

Obdachlosigkeit gibt es auch in Erlangen. In der Regel bedeutet Obdachlosigkeit einen massiven sozialen Abstieg. Die Erlanger Obdachlosenunterkünfte sind meist nicht mehr als menschenwürdig zu bezeichnen. Vor allem allein stehende Obdachlose werden immer mehr in Gebieten angesiedelt, in denen auf Grund des Verkehrslärms „normales“ Wohnen überhaupt nicht möglich und zulässig ist.

- Auch die Wohnungen für Obdachlose müssen Mindeststandards genügen. Die für normale Wohnungen geltenden Lärm- und sonstigen Emissionsgrenzen müssen auch hier eingehalten werden.
- Allen obdachlosen Menschen muss innerhalb von maximal drei Monaten eine Sozialwohnung mit einer bezahlbaren Miete angeboten werden. Hier muss die städtische Tochtergesellschaft GeWoBau GmbH der Stadt das Recht einräumen, auch entgegen dem Vergabeplan Bedürftigen Sozialwohnungen zur Verfügung zu stellen.



## **Wir bringen unsere Stadt in Schwung**

### **Kinder-, Jugend- und Familienpolitik**

Kinder- und Jugendpolitik stellt eine Herausforderung dar, zumal in Zeiten, in denen Kürzungsvorgaben die Ausgaben diktieren. Dies gilt sowohl für öffentliche als auch private Haushalte. Die Armut unter Kindern und Jugendlichen nimmt dramatische Ausmaße an.

Trotz aller Willensbekundungen und Absichtserklärungen hängen die Entwicklungs- und Bildungschancen von Kindern noch immer maßgeblich von ihrer individuellen sozialen und familiären Situation ab. Kinder aus sozial schwachen und benachteiligten Familien haben in unserer Gesellschaft und auch in Erlangen noch immer das Nachsehen.

Erlangen hat Geschichte, Erfahrung, Wissen, Kompetenz, Kultur, Verantwortung und Geld. Deshalb sollte unsere Stadt federführend für Kinder und die erste Stadt Bayerns sein, in der Kinderrechte verwirklicht und gelebt werden. Kinder und Jugendliche sind BürgerInnen unserer Stadt, von ihrer Geburt an. Kinder brauchen Räume, damit sie sich entwickeln und die Welt erfahren können – und die verändert sich schnell. Alle Kinder müssen sich motorisch so fit wie möglich, emotional so stabil wie möglich, kognitiv so kreativ wie möglich und sozial so kompetent wie möglich entwickeln können. Jedes Kind hat nur eine Chance: Einmal versäumte Entwicklungen in Kindheit und Jugendalter lassen sich kaum mehr nachholen.

Ein umfassendes und tragfähiges Konzept für Kinder- und Jugendpolitik lässt sich nur umsetzen, wenn alle Fachkräfte, Institutionen und Verbände eng miteinander vernetzt arbeiten. Da Kinder- und Jugendpolitik immer auch Zukunftspolitik ist, müssen die Gelder in diesem Bereich als Investitionen gesehen und aufgestockt werden, um Träger besser ausstatten und im Besonderen die Personalkosten für die nötigen Fachkräfte bereit stellen zu können.

### **Unterstützung für Eltern und Familien**

Optimale Förderung für Kinder beginnt bereits vor der Geburt. Kein Kind kann etwas für die Situation, in die es hineingeboren wird. Es ist Aufgabe der Stadt, dafür zu sorgen, dass die Umstände für junge Eltern und ihre Kinder so gut wie möglich sind und sie die größtmögliche Unterstützung erhalten.

- Alle Eltern erhalten während der Schwangerschaft und der ersten drei Lebensjahre ihrer Kinder optimale Unterstützung. Hierbei stehen die Ausbildung, Unterrichtung und Hilfe für Eltern bei der Betreuung und Förderung ihrer Kinder im Mittelpunkt.
- Die Ansiedlung eines Geburtshauses muss begünstigt werden, damit Eltern bei der Geburt ihrer Kinder eine größere Wahlfreiheit haben.

- Die Sprachförderung für Kinder und ihre Eltern beginnt im 1. Lebensjahr (Hebammen, Tagesmütter und -väter, KrippenbetreuerInnen), damit alle Erlanger Kinder bei der Einschulung fließend Deutsch sprechen.
- Grundsätzlich kommen Unterstützung, Beratung, Training und Hilfe auf Wunsch zu den Familien und ihren Kindern nach Hause.
- Eltern mit behinderten Kindern und Eltern mit handicaps müssen stärker unterstützt werden. Jeder Mensch soll die Möglichkeit erhalten, sich vollständig und gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen – und zwar von Anfang an.

## **Kinder- und jugendgerechtes Umfeld und Freizeitgestaltung**

Kinder und Jugendliche leben in dieser Stadt und sollen sich hier wohl fühlen. Deshalb muss die Stadt so gestaltet sein, dass sie attraktiv ist für Familien mit Kindern und auch für Jugendliche Angebote bereithält, die es ihnen ermöglichen, hier ihre Perspektiven zu entwickeln.

- Die Innenstadt wird familienfreundlich gestaltet, z. B. durch einzelne Spielgeräte in der Fußgängerzone, Bänke, Wasserspiele und Wickelmöglichkeiten auf öffentlichen WCs.
- Einrichtungen, Geschäfte und Straßen / Gehwege werden, soweit möglich, kinderwagenfreundlich und barrierefrei gestaltet.
- Neuer Wohnraum wird mit und für Kinder, Eltern und SeniorInnen geplant.
- Spielstraßen werden flächendeckend in Wohngebieten und im Umkreis von Krippen, Kindergärten, Horten und Schulen eingerichtet. Alle Schulen werden so sicher zu Fuß, mit dem Fahrrad und mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht.
- Spielplätze, Bolzplätze, Abenteuerspielplätze, Skatebahnen und Halfpipes werden in allen Stadtteilen in Fläche und Ausstattung entsprechend den Sicherheitsbestimmungen der EU erneuert. Planung und Umsetzung erfolgen gemeinsam mit Kindern und Eltern.
- Jugendfarm, Jugendclubs und Jugendtreffs werden im Etat aufgestockt und mehr außerschulische Ferienbetreuungsangebote für Kinder und Jugendliche geschaffen. Schließlich können soziale Kompetenz und soziale Werte nicht in virtuellen Computerwelten, sondern nur in der Gemeinschaft erlebt, geübt und erworben werden.
- Funktionierende Jugendarbeit braucht genügend Betreuungsstellen und Räumlichkeiten. Dieser Aspekt sollte bei allen infrastrukturellen Planungen Berücksichtigung finden.
- Die Jugendverbände werden finanziell abgesichert.
- Im Innenstadtbereich wird ein Jugendhaus/-zentrum beim E-Werk geschaffen.
- Beratungsangebote und Aufklärung besonders für Teenager zum Thema Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch werden aufgestockt und besser öffentlich bekannt gemacht.
- Für betreutes Wohnen von Jugendlichen werden bedarfsgerecht Plätze geschaffen und jugendlichengerecht ausgestattet.
- Immer mehr Jugendliche sind hoch verschuldet. Deshalb wird für sie eine spezielle Schuldenberatung eingerichtet, die auch präventiv mit den Schulen zusammenarbeitet.
- Alle Kinder aus kinderreichen Familien oder Elternhäusern mit geringem Einkommen können mittels einer Familienkarte wesentlich verbilligt oder kostenlos Angebote für Sport, Musikunterricht, Tanzschule etc. nutzen.
- Der Kindertarif im öffentlichen Nahverkehr wird bis zum 18. Lebensjahr bzw. auf alle SchülerInnen und Auszubildenden ausgeweitet.



## **Betreuungseinrichtungen - Kinderkrippen, -gärten und -horte**

Kinder brauchen professionelle Betreuung und Erziehung. Die zuständigen Einrichtungen haben daher eine große Verantwortung für die Entwicklung der Kinder. Deshalb setzen wir uns dafür ein:

- Für alle Kinder steht in ihrem Stadtteil ein Krippen-, Kindergarten- oder Hortplatz zur Verfügung. Inklusive Konzepte stehen im Vordergrund: Alle Kinder, egal ob mit oder ohne Behinderung, haben ein Recht auf eine umfassende Förderung ihrer Entwicklung.
- Ein Tagespflege- und -betreuungssystem mit Fachpersonal und 24-Stunden-Öffnung wird eingerichtet bzw. bereits bestehende Projekte werden ausgebaut. Gerade Familien mit Babys und kleinen Kindern brauchen oft kurzfristig Unterstützung. Unsere schwedische Partnerstadt Eskilstuna hat hierzu ein vorbildliches System.
- Auch die Kinderbetreuung durch Tagesmütter muss weiter ausgebaut werden.
- Das Betreuungsangebot für behinderte Kinder muss deutlich ausgebaut werden.
- Die Betreuungseinrichtungen müssen angemessen ausgestattet sein und die ErzieherInnen sollten für Weiterbildung, Vorbereitung, Teambildung und Reflektion Zeit haben und von administrativen Aufgaben entlastet werden. Selbstverständlich ist auch eine bessere Entlohnung wichtig, um motivierte und gut ausgebildete Kräfte vor Ort zu haben.
- Die Kooperation von Kinder- und Jugendeinrichtungen, Ämtern und Betreuungsstätten muss verbessert werden, um eine qualitativ hochwertige und preisgünstige Betreuung während der Schulferien bzw. Schließzeiten von Kinderkrippen, -gärten und -horten für Kinder berufstätiger Eltern sicherzustellen.



## **Lernen unter optimalen Bedingungen Schulen in Erlangen**

In Deutschland sind das allgemeine Schulsystem, das Berufsausbildungssystem und der Berufsbereich eng verzahnt. Ein Hauptschulabschluss bietet meistens geringere Chancen für eine gute Ausbildung und eine folgende Erwerbstätigkeit als ein höherer Abschluss. Schulpolitik ist in erster Linie Ländersache. In Bayern gibt es leider eine sehr weitgehende Trennung der Bildungswege mit geringer Durchlässigkeit nach oben und hohem Leistungsdruck. Besonders Kinder aus sozial schlechter gestellten Familien, Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder mit Behinderungen haben hier schlechte Karten. Die Stadt hat trotzdem Einfluss auf die Schulpolitik. Sie ist als Sachaufwandsträgerin beispielsweise verantwortlich für die Ausstattung der Schulen. Außerdem ist sie für die eigenen städtischen Schulen zuständig: Marie-Therese-Gymnasium, Wirtschafts- und Technikerschule. Unser Ziel ist, dass alle Erlanger Schulen entsprechend dem schulpädagogisch und energietechnisch neuesten Stand saniert und ausreichend mit Sachmitteln ausgestattet werden. An allen Schulen muss eine Mittagsbetreuung sowie eine qualifizierte pädagogische Nachmittagsbetreuung angeboten und zumindest pro Jahrgangsstufe eine Ganztagsklasse eingerichtet werden. Das Ziel, Kindern mit Migrationshintergrund bessere Schulabschlüsse zu ermöglichen, wird in Erlangen nicht annähernd erreicht. Daran hat die groß in Szene gesetzte Erlanger Bildungsoffensive nichts geändert. Wer den Sprung aufs Gymnasium schafft, muss dieses oft nach ein paar Jahren wieder verlassen.

- Die bereits laufende Sanierung der Schulen wird fortgesetzt. Dies gilt für den erforderlichen Brandschutz, für Energie- und Wassereinsparmaßnahmen, den barrierefreien Zugang für Kinder und Jugendliche mit Behinderung, Sanitärräume, PC-Ausstattung und für pädagogisch sinnvolle und notwendige räumliche Maßnahmen.
- Eine Stelle für interkulturelle Elternarbeit an Schulen und Kindergärten wird eingerichtet. Die wesentliche Aufgabe ist Koordination und Vernetzung verschiedener Akteure in den Schulen, Förderschulen, Kindergärten und MigrantInnenvereinen sowie in der Erarbeitung eines Konzeptes zur Elternschulung. Eltern, die ihre Kinder optimal fördern wollen, aber nicht selber dazu in der Lage sind, dürfen nicht alleine gelassen, sondern müssen tatkräftig unterstützt werden.
- Die Mittagsbetreuung an den Schulen wird weiter ausgebaut. Ernährungsphysiologisch wertvolle Nahrungsmittel aus ökologischem Anbau bei Mittagsbetreuung und Pausenverkauf werden obligatorisch.
- Bei dem Mittagessen in Mensen und Schulen dürfen sich die Ausschreibungen nicht mehr nur an dem niedrigsten Preis orientieren. Auch auf ökologisch sinnvolle, gesunde und schmackhafte Lebensmittel ist zu achten.

- Inzwischen sind zu viele SchülerInnen auf Nachhilfe angewiesen. Diese Entwicklung wurde durch die Einführung des achtstufigen Gymnasiums (G8) wesentlich verschärft. Da private Angebote zu einer weiteren finanziellen Belastung der Eltern und einer weiteren Benachteiligung von Familien mit niedrigem Einkommen führen, müssen kostenlose Nachhilfeangebote an Schulen wesentlich ausgebaut werden. Lehrkräfte und SchülerInnen werden an der Organisation der Nachhilfeangebote beteiligt.
- Bisher gibt es noch zu wenige Ganztagsklassen. Ihre Zahl muss, dem Bedarf entsprechend, an allen Schultypen deutlich erhöht werden.
- Systematische Angebote von Medienbildung und Medienerziehung für PädagogInnen und Eltern müssen geschaffen werden. Vorsicht ist allerdings bei entsprechenden Kampagnenangeboten großer Software-Hersteller geboten, bei denen es weniger um Bildung als um Konsumanbindung geht.
- Bedarfsgerechter Schulausbau: Im Stadttosten wird eine weitere Realschule benötigt.
- Das Wahlunterrichtsangebot an den Schulen wird gefördert.
- In den Schulen erhält die Sprachförderung einen höheren Stellenwert, insbesondere die Förderung der jeweiligen Muttersprache der Kinder. Nur dann können auch andere Sprachen vernünftig gelernt werden.
- Kinder und Jugendliche können an gesellschaftliche Verantwortung durch Vernetzung besser herangeführt werden. Eine gute Möglichkeit wären Praktika in den verschiedensten Organisationen und Initiativen. Damit die SchülerInnen überhaupt auf die Idee kommen und auswählen können, wird ein Leitfaden für Lehrkräfte und Schulämter erstellt.
- Wir fordern einen deutlichen Ausbau der schulpsychologischen und sozialpädagogischen Betreuungsangebote.
- Der KS:ER – „Kulturservice Erlangen für Schulen und Kitas“ als kommunales Netzwerk zur Förderung der kulturellen Bildung wird ausgebaut.
- Alle SchülerInnen sollen an Bildungs- und Betreuungsangeboten teilhaben können, ohne dass Kosten für die Eltern entstehen.
- Alle Schulhöfe sollen auch außerhalb der Unterrichtszeiten als Freizeitangebote genutzt werden können.



## Bildung fängt mit 'K' an

### Mehr Platz für die Kulturszene

Die Erlanger Kulturszene ist geprägt von den großen Events: Figurentheaterfestival, Poetenfest und Comic-Salon. Die Stadt betreibt Kultureinrichtungen wie Theater, Kunstpalais, Sing- und Musikschule, die Schlossgartenkonzerte oder Jugendkunstschule.

Neben den städtischen Einrichtungen wird die Kulturszene von zahlreichen privaten Einrichtungen und Initiativen gestaltet. Dazu zählen unter anderem das E-Werk, der gemeinnützige Theater- und Konzertverein (GVE), das Fifty-Fifty, die kleinen Kinos aber auch die studentisch organisierten Festivals und einzelne Darbietungen von KünstlerInnen(gruppen) verschiedenster Art.

Das kulturelle Angebot ist insgesamt gut, aber besonders im Bereich der Kinder- und Jugendkultur, der Breitenkultur und der Subkultur besteht noch Nachholbedarf.

Wir legen Wert darauf, dass Kultur für alle zugänglich und bezahlbar ist.

Unsere kulturpolitischen Vorstellungen sind im Einzelnen:

- Ein großes Problem in Erlangen stellt das Raumangebot für Kulturschaffende dar. Mehr Räume für Proben, Aufführungen, Ausstellungen und Workshops sind dringend notwendig. Auch ein geeigneter Platz für Aufführungen im Freien fehlt. Lösungsansätze sind eine vernünftige Sanierung oder Neubau des Frankenhofs, eine kulturelle Nutzung des sogenannten "Pinsl-Hauses" und ein Wiederaufbau der Meilwaldbühne. Auch müssen Ateliers und Lagerräume für Werke von Erlanger KünstlerInnen zur Verfügung gestellt werden.
- Die freien Theater, wie z.B. Arena, Schultheater und Glockentheater sollen besser gefördert werden. Das städtische Theater soll pro Spielzeit mit einem freien Theater eine Kooperation eingehen.
- Die Erlanger Kulturförderung leistet im Rahmen ihrer Möglichkeiten gute Arbeit. Damit private Kulturinstitutionen besser planen können, müssen auch langfristige Förderzusagen gegeben werden. Trotzdem werden auch Mittel für kurzfristige Anfragen benötigt. Die Kulturförderung ist personell besser auszustatten, um private Initiativen auch bei der Akquise von nicht-städtischen Fördermitteln zu unterstützen.
- Die Anwerbung von Sponsorengeldern für städtische Veranstaltungen erfolgt zentral. Dies entlastet die einzelnen Kultureinrichtungen und führt zu einer gerechteren Verteilung der Gelder. Durch eine Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Initiativen können diese auch zusätzlich finanziell unterstützt und entlastet werden. Die Sponsorengelder der Sparkasse Erlangen für Erlangen - die Stadt ist mit einem Anteil von 9/12 am Sparkassenzweckverband beteiligt - müssen komplett über die Stadt verwaltet werden.
- Die städtischen und privaten kulturellen Einrichtungen und Institutionen sollen durch zentrale Werbemaßnahmen (Kulturbroschüre o.ä.) besser beworben werden. Die Zusammenarbeit der städtischen Kultureinrichtungen mit den Bildungseinrichtungen

wird weiter verbessert, um vor allem Jugendliche an die Kultur heranzuführen. Der Kulturservice Erlangen für Schulen und Kitas ist ein Schritt in die richtige Richtung.

- Der Etat für Kunst im öffentlichen Raum wird deutlich erhöht.
- Das sogenannte Langhaus neben dem Redoutensaal sollte zur Bestandserhaltung zügig saniert werden.
- Mittelfristig benötigt das Theater eine Probebühne neben der Hauptbühne. Das Pinolihaus/Stadtmuseum am Altstädter Kirchenplatz muss durch einen Neubau ersetzt und das Egloffstein'sches Palais saniert werden.
- Die Festivals sind mit ihrem jetzigen Standard zu erhalten

## **Bildung als Schlüssel zur selbstständigen Lebensführung**

Wir wollen die städtischen Bildungseinrichtungen für alle zugänglich machen und besser ausstatten. Zwar ist die schulische und universitäre Bildung im wesentlichen Ländersache. Die Stadt Erlangen kann trotzdem einen Beitrag leisten.

Erlangen ist "Bildungsregion in Bayern". Dies ist sicher erstrebenswert. Doch darf dabei das zentrale Ziel nicht der Titel sein. Wichtig sind umsetzbare und finanziell entsprechend ausgestattete Maßnahmen. Dabei müssen insbesondere integrative und inklusive Bildungsprojekte im Mittelpunkt stehen.

Die Erlanger Bildungseinrichtungen leisten bereits gute Arbeit, trotzdem sind ihnen leider enge (vor allem finanzielle) Grenzen gesetzt. Die Volkshochschule und die Stadtbücherei müssen finanziell so ausgestattet werden, dass auch ein „bildungsfernes“ Zielpublikum besser erreicht werden kann. Auch Stadtmuseum und Stadtarchiv haben eine wichtige Funktion und müssen entsprechend ausgestattet werden.

Als konkrete Maßnahmen schlagen wir vor:

- Schaffung mindestens einer zusätzlichen barrierefreien Zweigstelle der Stadtbücherei in Büchenbach
- Anschaffung eines zweiten Stadtbibliotheksbusses und die Schaffung neuer Haltestellen- und zeiten - Vor allem für die Kinder und Jugendlichen in den Wohngebieten ist dies sehr wichtig.
- deutliche Erhöhung des Etats der Stadtbibliothek für Neuanschaffung von Medien
- Angebot einer Kinderbetreuung für Weiterbildungsangebote und VHS-Kurse
- eine verlässliche und planbare finanzielle Absicherung von Vereinen und freien Initiativen, die in Erlangen wertvolle Bildungsarbeit leisten, durch städtische Zuschüsse

Eine immer größere Rolle spielt der demografische Wandel. Die Bildungsangebote müssen Menschen aller Generationen und Herkunft ansprechen und nicht nur im Stadtkern, sondern auch in den Stadtteilen zugänglich sein. Bildung hat eine Schlüsselrolle zum Erhalt einer selbständigen Lebensweise und zur aktiven gesellschaftlichen Teilhabe. Es gibt einen großen Bedarf an Bildungsangeboten für ältere Menschen mit Migrationshintergrund. Wichtige Themen für diesen Personenkreis sind kulturelle Angebote, Fragen zur Gesundheit und selbstständigen Lebensführung.

- Ziel ist es, durch Stadtteilarbeit vor Ort dem Bildungsbedürfnis von Menschen mit Migrationshintergrund jeden Alters entgegen zukommen. Gute Arbeit leisten hier viele Erlanger Vereine, Institutionen und Initiativen, die von städtischen Zuschüssen abhängig sind und ausreichend finanziell abgesichert werden müssen. Für ältere Menschen mit Behinderung müssen mehr inklusive Angebote vor der Haustüre geschaffen werden.

# Gestaltungsmacht für Frauen

## „Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird dazu gemacht“

So lautet das berühmte Zitat von Simone de Beauvoir. Darin steckt bereits die Erkenntnis, dass Geschlecht nicht etwas ist, das man „hat“, sondern etwas, das gesellschaftlich bedingt ist. Der soziale Platz in der Gesellschaft wird zugewiesen.

Da Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft patriarchalen Strukturen unterworfen sind, ist Gewalt gegen Frauen auch Jahre nach Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes ein schwerwiegendes Problem.

Trotz eines verbesserten Ausbildungsniveaus und einer gestiegenen (und im Osten weiterhin hohen) Erwerbsbeteiligung von Frauen gibt es zwischen Frauen und Männern erhebliche Unterschiede in den Berufs- und Karriereverläufen hinsichtlich Einkommensmöglichkeiten, Arbeitszeiten und der Verantwortlichkeit für unbezahlte Tätigkeiten.

Leider hat auch die Hartz IV-Sozialgesetzgebung die Chancengleichheit in der Arbeitswelt keinen Schritt voran gebracht. Im Gegenteil: Frauen werden vermehrt in die Mini- und Midi-Jobs abgedrängt.

Für die Kommunalpolitik ergeben sich daraus Konsequenzen auf mehreren Ebenen.

## Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe

Seit 1999 verpflichtet der Amsterdamer Vertrag die EU-Mitgliedsstaaten, Gender Mainstreaming in allen, also auch kommunalen Politikfeldern umzusetzen. Gender Mainstreaming ist eine politische Strategie zur Realisierung der Gleichstellung von Frauen und Männern.

In unserer Stadt sollen die unterschiedlichen geschlechtsspezifischen Lebensrealitäten und -situationen besser beachtet werden. In unserer kommunalpolitischen Arbeit setzen wir uns dafür ein, dass neue Planungen und bereits bestehende Maßnahmen und Programme auf die Genderaspekte hin überprüft werden. Die Betrachtung der letzten Jahre zeigt, dass es in Politik und Verwaltung, in Organisationen und Institutionen eher leicht fällt, Gender Mainstreaming als Leitprinzip für den eigenen Kontext zu reklamieren. Problematischer gestaltet sich hingegen die konkrete Umsetzung, d. h. die durchgängige Integration von Genderperspektiven in allen Konzepten, Strategien und Projekten.

Für folgende konkrete Schritte setzen wir uns ein:

- gezielte Frauen- und Mädchenförderung
- frauengerechte Stadtplanung, die an den Bedürfnissen und Erfordernissen von Frauen orientiert ist: Sogenannte Angsträume in Straßen, Plätzen, Parks usw. müssen vermieden werden.
- eine Stadt der kurzen Wege mit urbaner Infrastruktur und einem attraktiven ÖPNV – Gerade Frauen mit Kindern haben einen hohen Mobilitätsbedarf.
- angemessene Beteiligung von Frauen in allen Leitungs-, Konzeptions- und Entscheidungsebenen der Verwaltung
- Einrichtung von Spiel- und Sportmöglichkeiten im Wohnumfeld, die für Mädchen und Jungen gleichermaßen geeignet sind
- In Haushaltsfragen müssen Grundzüge des Gender Budgeting beachtet werden. Frauen können nur dann gerecht an allen finanziellen und materiellen Ressourcen beteiligt werden,

wenn geschlechtsspezifische Budgetanalysen durchgeführt werden. Öffentliche Ausgaben werden geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselt und die Auswirkungen budgetpolitischer Maßnahmen auf Frauen untersucht.

## **Handlungsbedarf bei Gewalt gegen Frauen**

Eine Studie des Bundesministeriums für Familie und Senioren, Frauen und Jugend zeigt insgesamt ein sehr hohes Ausmaß an Gewalterfahrungen von Frauen in Deutschland auf. Sie verweist auf einen erheblichen Bedarf vor allem an niedrigschwelligen Hilfen und Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen.

Nach wie vor gibt es eine hohe Dunkelziffer und bislang kaum beachtete Gruppen wie Flüchtlingsfrauen, weibliche Strafgefangene und behinderte Frauen, die aufgrund ihrer speziellen Situation besonders gefährdet sind. Die Grüne Liste sieht die finanzielle und personelle Absicherung von Einrichtungen und Beratungsstellen für von Gewalt betroffenen Frauen als wichtige kommunalpolitische Aufgabe und will:

- bessere Unterstützung von Projekten vor Ort für Frauen mit Gewalterfahrung
- mehr städtische Gelder für Frauenhaus, Kindergruppe Frauenhaus und den Notruf für vergewaltigte Mädchen und Frauen
- Einrichtung eines Mädchenhauses
- kostenlose Selbstverteidigungskurse für Mädchen an Schulen, behinderte Mädchen, und für Frauen an der VHS
- kostenlose juristische Beratung für Frauen
- Nachttaxi für Frauen zu Buspreisen

## **Mehr Chancengleichheit bei der Existenzsicherung**

Frauen sind immer noch häufig allein zuständig für die unbezahlte, ehrenamtliche Familienarbeit. Ihre Erwerbsbiographien weisen häufiger Brüche auf als die von Männern. Besonders allein erziehende Frauen sind inzwischen in hoher Zahl auf ALG II angewiesen. Obwohl sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen geändert haben, ist das Angebot an familiengerechten Arbeitsplätzen zu gering.

Die kommunalen Strukturen und Angebote müssen weiter verbessert werden. Beispielhaft sind hierbei:

- Ausbau von Krippen- und Kindergartenplätzen
- Mittags- und Nachmittagsbetreuungsmöglichkeiten für alle SchülerInnen
- Programme an Schulen zur Erweiterung des Berufswahlspektrums für Mädchen
- Abbau von Nachteilen bei Teilzeitbeschäftigungen bei der Stadt und ihren Tochtergesellschaften: Die Möglichkeit, auf Teilzeit zu reduzieren, muss unbedingt geschaffen werden.
- Schaffung weiterer Betreuungsplätze in Betriebskindergärten
- Weiterbildungsangebote und VHS-Kurse mit Kinderbetreuung
- Kinderbetreuung im Rathaus
- Schuldnerinnenberatung speziell für Frauen

## **Kultur- und Bildungsprojekte fördern Selbstbestimmung**

Für ein selbstbestimmtes Leben von Frauen und Mädchen sind selbstverwaltete Frauenbildungsprojekte eine wichtige Unterstützung. Dieses zum großen Teil ehrenamtliche Engagement braucht als Basis eine verlässliche und kontinuierliche finanzielle Unterstützung.

Die Politik der schwarz-gelben Stadtratsmehrheit der letzten Jahre hat dazu geführt, dass bei notwendigen Projekten die Mittel gekürzt wurden und die Angebote eingeschränkt werden mussten. Beispielsweise der feministischen Kultur- und Bildungseinrichtung Frauenzentrum e. V. wurde der städtische Zuschuss komplett gestrichen. Die meisten Projekte müssen alljährlich einen kraft- und zeitaufreibenden Kampf um die Leistung weiterer Haushaltsmittel führen.

Die Grüne Liste dagegen setzt auf

- angemessene und dauerhaft eingestellte kommunale Finanzmittel, um die Zukunft von Projekten wie Frauenzentrum und Mütterzentrum abzusichern.
- Förderung von Vernetzungsarbeit und der Durchführung von Veranstaltungen, z. B. durch einen regelmäßigen Zuschuss an das Frauengruppentreffen.

## **Frauen mit Migrationshintergrund**

„Erlangen – Offen aus Tradition“ ist ein in die Jahre gekommener Slogan, der in vielen Bereichen noch auf seine Umsetzung wartet. Wie überall können Menschen mit Migrationshintergrund in Erlangen einiges zum Thema Deklassierung erzählen:

Unwürdige Behandlung am AusländerInnen- und Sozialamt sowie durch die Polizei, Benachteiligung bei der Wohnungssuche, ungesicherter Aufenthaltsstatus und Angst vor Abschiebung etc. Frauen mit Migrationshintergrund sind aufgrund Ihres Geschlechtes und ihres Passes in doppelter Hinsicht von Diskriminierung betroffen.

Auf kommunaler Ebene sind zumindest kleine Schritte möglich, um dieser Benachteiligung entgegen zu wirken:

- Ausbau von Integrationsangeboten von und für Frauen
- Modelle zur Erweiterung des Ausbildungsplatzangebotes für ausländische Mädchen
- Beratungsstellen und mehr finanzielle Mittel für neue und bestehende Treffpunkte von Migrantinnen
- Beschäftigungsmodelle von und für Frauen mit Migrationshintergrund in allen städtischen Einrichtungen, Tochtergesellschaften und der Stadtverwaltung - mit der Möglichkeit auch in Führungspositionen aufsteigen zu können
- Bei gleichen Qualifikationen und Eignungen werden bei Einstellungen Migrantinnen bevorzugt.
- Im Falle von Diskriminierung soll die Möglichkeit geschaffen werden, sich bei einer einzurichtenden Antidiskriminierungsstelle zu beschweren.
- Stadtgeschichte ist auch die Geschichte der Migrantinnen und dies soll auch in Kulturprojekten deutlich gemacht werden.





# Leben jenseits der Geschlechterrollen

## Vielfalt bereichert die Stadt

In den Köpfen vieler KommunalpolitikerInnen besteht die Gesellschaft nur aus heterosexuellen Menschen. Die Tatsache, dass in einer Gemeinde auch schwule Bürger und lesbische Bürgerinnen leben, wird erst zögerlich wahrgenommen. Gerade im kommunalpolitischen Umfeld haben viele Formen von Diskriminierung ihre Ursache überwiegend in Gedankenlosigkeit. Die Lebenswirklichkeit von Lesben und Schwulen ist bei politisch-planerischen Überlegungen nicht im Blick. Erste Aufgabe ist es daher, das Bewusstsein für die Belange von LSBT (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle) in der Kommunalpolitik zu schärfen.

Lesben und Schwule sind ein wichtiger Teil der Stadtgesellschaft, von dem entscheidende Impulse ausgehen. Die Grüne Liste steht für die Anerkennung und Gleichberechtigung schwuler, lesbischer, transidenter bzw. transgender Lebensformen und ein aktives Engagement gegen deren Diskriminierung. Vielfalt bereichert die Stadt.

## Gegen Diskriminierung und Gewalt

Jeder dritte bis vierte Homo-, Bi- oder Transsexuelle wird in seinem Leben wenigstens einmal Opfer von Gewalttaten. Über 70% der Lesben und Schwulen haben bereits am Arbeitsplatz Diskriminierungen erlebt. Die Kommune als eine der größten Arbeitgeberinnen kann gegenüber anderen ArbeitgeberInnen Vorbildfunktion im Umgang mit homo-, bi- und transsexuellen MitarbeiterInnen übernehmen.

- Die spezifischen Lebensformen von Lesben und Schwulen sind zu akzeptieren, Treffpunkte sind zu schützen.
- Bei der Stadt Erlangen und ihren Tochterunternehmen sind MitarbeiterInnen in Führungspositionen für die Probleme homo-, bi- und transsexueller KollegInnen zu sensibilisieren.
- Im Falle bekannt gewordener Diskriminierungen sollen Betroffene unterstützt werden.
- Eine kommunale Antidiskriminierungsstelle kann dafür sorgen, dass die Lebenswirklichkeit von LSBT in Verwaltungsvorschriften wie in der Behördenpraxis angemessen berücksichtigt wird.
- In vielen Ländern werden Menschen aufgrund ihrer Homosexualität verfolgt. Ihr Asylanspruch wird in Deutschland nur selten anerkannt. Binationale Lebenspartnerschaften werden im Ausländerrecht gegenüber binationalen Ehen benachteiligt. In beiden Fällen haben die Ausländerbehörden einen Ermessensspielraum, der konsequent zugunsten humanitärer Lösungen genutzt werden muss.

## **Anerkennung für unterschiedliche Lebensentwürfe**

Erlangen versteht sich als offene und liberale Stadt. Das heißt auch, dass Akzeptanz und Offenheit gegenüber Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung und mit verschiedenen Lebensentwürfen gelebt werden. Folgende Ansätze sind erste Schritte in die richtige Richtung:

- Die Befähigung zur Kindererziehung hängt nicht von der sexuellen Orientierung ab. Dieser Grundsatz ist bei Stellungnahmen zu Adoptionsvermittlungen und Sorgerechtsentscheidungen etc. zu Grunde zu legen.
- Jugendliche müssen ihre sexuelle Identität entdecken. Aufgabe von Schule und Jugendarbeit ist es, ihnen dabei zu helfen. Über pädagogische Arbeitsstellen, Medienstellen und Weiterbildungsangebote für LehrerInnen kann die Kommune Einfluss auf die Inhalte nehmen. Diese Einflussmöglichkeiten sind im Sinne angemessener Aufklärung über Homo-, Bi- und Transsexualität zu nutzen.
- Schwule und lesbische Lebensformen sind gleichberechtigt darzustellen.
- MitarbeiterInnen ist in Fortbildungen zu verdeutlichen, dass ihre persönliche Lebensgestaltung nur eine von vielen Möglichkeiten und keineswegs automatisch "normal" ist.
- Schwule und lesbische Jugendgruppen sind zu unterstützen.
- Die bestehenden Strukturen der Selbstorganisation von LSBT, wie z. B. Fliederlich e. V., sind zu unterstützen - auch finanziell.
- Im Sinne einer präventiven Gesundheitspolitik sind Selbsthilfe- und Beratungsprojekt entsprechend zu fördern. Nur so können Repressionen effektiv abgewehrt und selbstbestimmte Lebensformen unterstützt werden.
- In ambulanten und stationären Einrichtungen für hilfsbedürftige Menschen (Krankenhäuser, Behinderteneinrichtungen, Alten- und Pflegeeinrichtungen, Beratungsstellen) ist das Recht der PatientInnen und KlientInnen auf selbstbestimmte Sexualität zu sichern.

## **Kultur, Geschichte und Bildung**

Es gibt eine vielfältige Kultur jenseits des heterosexuellen Mainstreams. Kulturelle Angebote sind ein wichtiges Mittel zur Vermittlung von Lebenswelten und zur Identitätsfindung. In der Geschichte rund um den Globus gab und gibt es immer wieder Formen homosexuellen oder transidenten Lebens und einer entsprechenden Kultur. Zu dieser Geschichtsschreibung sollte beigetragen werden. Spezifische Bildungsangebote für LSBT fehlen nach wie vor weitgehend. Auch hier sollte umgedacht werden.

- Stadtgeschichte ist immer auch die Geschichte der Lesben und Schwulen. Dies darf in der lokalen Geschichtsschreibung und der Arbeit der Stadtarchive nicht verschwiegen werden.
- Kommunale Bildungseinrichtungen sind aufgefordert, auch für Lesben und Schwule Angebote zu schaffen.
- Für BetriebsräteInnen, JugendgruppenleiterInnen und andere MultiplikatorInnen sind Seminare über Homosexualität, Rollenerwartungen und Schwulenfeindlichkeit gemeinsam mit den entsprechenden Verbänden sinnvoll.
- Schwule und lesbische Kulturprojekte sind auch unter dem Aspekt zu fördern, dass diese ein Medium zum Abbau von Vorurteilen sein können.
- Lesben und Schwule stellen auch einen bedeutenden Wirtschafts- und Tourismusfaktor dar. Dies ist im Standortmarketing zu berücksichtigen.



## **In Bewegung bleiben**

### **Sportförderung**

Bewegung macht Spaß, hält fit und fördert soziale Kontakte. Sport kann körperlichen Beschwerden vorbeugen und sogar viele unserer "Zivilisationskrankheiten" vermeiden, abschwächen oder heilen. Neue Studien belegen ebenso, dass regelmäßige Bewegung auch positive Auswirkungen auf psychische Erkrankungen wie Depressionen, Burn-Out oder Demenz hat und sogar Nebenwirkungen einer Krebstherapie lindern kann.

Die Grüne Liste setzt sich für eine Sportförderung ein, die allen Bevölkerungsgruppen und allen Altersschichten eine sportliche Betätigung niederschwellig und nach ihren Vorstellungen ermöglicht. Ein besonderes Anliegen ist uns auch die Förderung von Kinder- und Jugendsport. Gerade Kinder und Jugendliche brauchen vielfältige Spiel- und Sportmöglichkeiten, sowohl unter Anleitung (z. B. im Verein) als auch selbst organisiert. Natürlich muss es auch ein breites Sportangebot für Erwachsene und vor allem für SeniorInnen geben. Generell müssen auch alle Behindertensportgruppen unterstützt werden.

Wir fordern daher mehr Möglichkeiten, im Stadtgebiet Sport zu treiben.

### **Breitensport**

Der durch die Fitnessbewegung in den 80iger Jahren entstandene Bewegungspfad im Erlanger Meilwald ist nicht mehr auf dem neuesten Stand der Sportforschung. Moderne "Trimm-Pfade" besitzen eine kompakte Dehn- und Kräftigungsanlage und einen Laufrundkurs. Eine vorbildliche Umgestaltung gibt es z. B. in Eckental. Moderne Edelstahlgeräte und ein Rundkurs auf Rindenmulch eignen sich für jede Altersgruppe. Eine ähnliche Anlage ist auch für die Erlanger Schwabachanlage geplant.

Nicht jede Sportart wird durch einen Erlanger Verein unterstützt. Manche SportlerInnen wollen auch lieber spontan und ohne Vereinsbindung aktiv werden. Auch hierfür muss es einen Platz geben, z. B. einen Bolzplatz um die Ecke statt ein umzäuntes Sportgelände. Öffentliche Grünflächen sind grundsätzlich öffentliche Bewegungsflächen. Auch hier können abwechslungsreiche Sportmöglichkeiten geschaffen werden, wie beispielsweise der fest installierte Baumschutz zum "Slacklinen" am Bohlenplatz.

### **Leistungssport**

Leistungssport ist mehr als ein Aushängeschild der Stadt, denn auch der Breitensport kann davon profitieren, wenn sinnvolle Maßnahmen ergriffen werden. Trotz seiner Größe ist Erlangen national bislang nicht als Sporthochburg bekannt.

Für erfolgreichen Spitzensport braucht es eine solide Jugendarbeit und Wettkampfmannschaften für den Nachwuchs. Die Grüne Liste unterstützt den Bau einer neuen Sporthalle im Stadtosten, soweit sie auch dem Breiten- und Schulsport dient. Ihr Standort muss ökologisch unbedenklich sein.

Bei dem Neubau von Sportplätzen müssen Umweltstandards eingehalten werden. Zusätzlich dürfen modern genormte Sportplätze nicht den Bolzplatz um die Ecke ersetzen.

## Bäder

Das Hallenbad Frankenhof steht sanierungsbedingt kurz vor der Schließung. Die Grüne Liste setzt sich daher für den Neubau eines Hallenbades im Erlanger Westen ein, angeschlossen an das schon vorhandene Freibad West. Auch beim Freibad West müssen dringend die technischen Anlagen und der Sprungturm saniert werden. Für den Vereins- und Schulsport wird der Bau eines 50-m-Beckens mit variabler Trennbühne favorisiert. Durch Integration der bestehenden Freibadanlagen und Neubau eines Sauna und Fitnessbereiches sowie einer kleinen Rutschenanlage soll ein modernes Ganzjahresbad geschaffen werden.

Die "Aktivkarte" mit Preisnachlass für ehrenamtlich Aktive muss beibehalten werden. Ein stärkerer Preisnachlass für SchülerInnen, StudentInnen, Hartz IV- und SozialhilfeempfängerInnen, sowie eine entsprechende Jahreskarte sind einzuführen.



## Soziale Kompetenz und Integration

Neben den positiven Auswirkungen auf unsere Gesundheit kann Sport auch das gesellschaftliche Miteinander fördern. Der Sport ebnet Hürden und öffnet Schranken für den persönlichen Kontakt. Durch Sport finden Menschen verschiedener sozialer Herkunft, Altersstufen, mit und ohne Behinderung oder Migrationshintergrund zusammen. Deshalb setzt sich die Grüne Liste für Folgendes ein:

- Für Kinder und Jugendliche werden die Sportplätze, Schulhöfe und Schulsportplätze allgemein zugänglich geöffnet. Weitere Plätze und Bahnen für Streetball, zum Skaten, BMX o. ä. werden geschaffen.
- Der Kinder- und Jugendbereich bedeutet für die Sportvereine eine hohe Belastung, da die Beiträge und der Aufwand in keinem Verhältnis zu den Kosten stehen. Sportvereine mit einem hohen Kinder- und Jugendanteil sollen deshalb weiterhin besondere Unterstützung erhalten.
- bessere Unterstützung von Behindertensportgruppen
- Der "Erlangen-Pass" soll Menschen mit geringen finanziellen Mitteln einen ermäßigten Tarif für Sportvereine sichern.

## Über den Tellerrand Städtepartnerschaften und internationale Beziehungen

Das klassische Ziel von Städtepartnerschaften ist es, einen Beitrag zu internationaler Annäherung, Verständigung und Frieden sowie zum Abbau von Intoleranz, Vorurteilen und Rassismus zu leisten. Städtepartnerschaften sind auch ein Teil des kulturellen Lebens. Im Mittelpunkt sollte aber das persönliche Engagement aus der Bevölkerung heraus stehen, denn nur dieses füllt die Partnerschaften mit Leben.

Die Stadt hat acht offizielle Städtepartnerschaften und zahlreiche weitere partnerschaftliche Verbindungen in fast allen Kontinenten.

Insbesondere die Partnerschaft mit San Carlos (Nicaragua) hat sich dank des Engagements zahlreicher BürgerInnen in den letzten Jahren verfestigt. Sie wurde 1989 vom Erlanger Stadtrat beschlossen und 1990 durch die Unterzeichnung der Partnerschaftsurkunde besiegelt. Diese Verbindung hat sich mit Leben gefüllt: Inzwischen haben zwei Bürgerreisen nach Nicaragua stattgefunden und engagierte ErlangerInnen haben den Partnerschaftsverein Erlangen - San Carlos ins Leben gerufen. Dieses Engagement zeigt, dass Partnerschaft keine Frage der Entfernung, sondern des Wollens und der Unterstützung durch den Stadtrat ist. Die Partnerschaft mit San Carlos wird weiter intensiviert und ausgebaut. Konkrete Projekte in San Carlos und der Erlanger Partnerschaftsverein werden dauerhaft von der Stadt unterstützt. Hierfür werden entsprechende Mittel im kommunalen Haushalt eingesetzt.

Friedensarbeit ist für die Grüne Liste ein wesentlicher Bestandteil von internationalen Beziehungen. Besonders erwähnenswert ist hier die 'Städtepartnerschaft' mit der norditalienischen Gemeinde Cumiana. Anlass ist ein Kapitel der italienisch-deutschen Geschichte, das lange Zeit unbeachtet blieb: Kriegsverbrechen in Norditalien unter deutscher Besatzung 1943 - 1945. Eine SS-Einheit brannte 1944 Häuser in Cumiana nieder und erschoss 51 Bewohner des Ortes. 55 Jahre später wurde in Italien ein Erlanger Bürger als Verantwortlicher für das Massaker von Cumiana angeklagt. Das Gericht konnte jedoch kein Urteil fällen, der Angeklagte starb vor dem Ende des Verfahrens. Ein Brief des Erlanger Bündnisses für Frieden und von der

Grünen Liste unterstützte Recherchen des Erlanger Vereins zur Förderung alternativer Medien fädelten die Beziehungen ein. Inzwischen findet ein reger Austausch zwischen den beiden Kommunen statt und in Erlangen erinnern eine Gedenktafel im Rathaus und die Cumiana-Straße an die deutschen Kriegsverbrechen in Norditalien.

In ganz Bayern gibt es nur in München und Würzburg Partnerschaften mit Städten auf dem afrikanischen Kontinent. Gerade Partnerschaften mit Regionen und Städten des Trikont (Dritte Welt ohne Schwellenländer) aber sind mögliche Wege einzelner Kommunen, um in den Kreislauf von Armut, Krieg und Flüchtlingsschicksalen einzugreifen. Allerdings ist es schwierig, solche Städtebeziehungen mit Leben zu füllen, da die Reisekosten und ausländerrechtliche Einreisehürden den Austausch für Menschen aus dem Trikont erschweren.

- Die Grüne Liste unterstützt die Arbeit der Vereine und Initiativen, die in diesem Bereich engagiert sind und die Städtepartnerschaften am Leben erhalten. Von städtischer Seite müssen dafür ausreichend Gelder zur Verfügung gestellt werden.



## Grenzenlos offen Willkommenskultur aus Tradition



„Offen aus Tradition“ ist ein häufig verwendeter Erlanger Slogan. Besonders für Flüchtlinge, ArbeitsmigrantInnen, MigrantInnen mit Behinderung und andere Menschen ohne deutschen Pass sieht die Wirklichkeit leider anders aus. Willkür, Diskriminierung und Ablehnung sind die täglichen Erfahrungen nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch bei Behördengängen. Gerade die Erlanger Ausländerbehörde sorgte mit ihrer harten Linie Schlagzeilen. In der Hugenottenstadt existierte eine Zwei-Klassen-Gesellschaft: Willkommen waren vor allem ausländische MitarbeiterInnen der Firma Siemens und der Universität. Menschen, die nicht zu dieser Gruppe gehörten, bekamen oft deutlich zu spüren, dass sie grundsätzlich nicht erwünscht waren. Mit Unterstützung und Mitwirkung des Bayerischen Flüchtlingsrates machten im Herbst 2011 Initiativen, die in der lokalen Flüchtlingsarbeit engagiert sind, mit einer Pressekonferenz auf die Missstände in der Erlanger Behörde aufmerksam und fanden bundesweit Beachtung. Daraus entwickelte sich die Kampagne für eine bessere „Willkommenskultur“ in Erlangen. Aufgrund von verschiedenen Anträgen der Grünen Liste sprach sich auch der Stadtrat für das Ausschöpfen von Handlungsspielräumen zugunsten von Flüchtlingsinteressen aus. Auch in der Ausländerbehörde, die anfangs wenig kooperativ mit der Kritik umging, weht aufgrund von Personalwechselln inzwischen ein anderer Wind. Diese Kampagne wurde von Anfang an von der Grünen Liste unterstützt und mitgetragen. Wir werden auch weiterhin alle unsere Möglichkeiten nutzen, um die Lebenssituation für Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern. Leider ist der kommunale Handlungsspielraum sehr begrenzt und ein grundsätzlicher Politikwechsel ist nur auf Landes- und Bundesebene zu erreichen. Die Grüne Liste unterstützt Kampagnen und Organisationen, die überregional für die Rechte von MigrantInnen aktiv sind.

Will man einen gesellschaftlichen Stimmungswandel im Umgang mit Flucht und Migration erreichen, müssen davon Betroffene entsprechend ihres Anteils in der Gesellschaft auch Mitbestimmungsmöglichkeiten haben. Der Erlanger Stadtrat hat 2007 ein Integrationsleitbild beschlossen. Dieses Leitbild beinhaltet einerseits die Förderung von BürgerInnen mit Migrationshintergrund, andererseits ist es auch eine Verpflichtung für die Verwaltung, den gesetzlichen Rahmen zu Gunsten der Menschen mit Migrationshintergrund auszuschöpfen. Ämter, Vereine, Kirchen sowie die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände müssen aktiv mit einbezogen werden. Als kleinen Beitrag dazu laden wir Menschen mit Migrationshintergrund herzlich ein, auf der grünen Stadtratsliste für die Kommunalwahl zu kandidieren. Dass 23% aller ErlangerInnen Migrationshintergrund haben, soll sich auch auf unserer KandidatInnenliste widerspiegeln. Einhellig beschlossen wurde, dass „ein Anteil von mindestens 20% an KandidatInnen mit Migrationshintergrund für die gesamte Liste angestrebt wird“. Wählen und sich zur Wahl aufstellen lassen können alle EU-BürgerInnen. BürgerInnen außerhalb der EU sind per Gesetz leider ausgeschlossen. Auch hier sind die Vorstellungen der Grüne Liste anders: „Erlangen fordert das kommunale Wahlrecht für alle MigrantInnen“ war einer von mehreren GL-Stadtratsanträgen zu diesem Thema.

Weitere Anträge und Forderungen der GL:

- Bei der Stadt wird die Stelle eines/einer Integrationsbeauftragten geschaffen, der/die den Aufbau einer Willkommenskultur begleitet und als AnsprechpartnerIn für Menschen mit Migrationshintergrund dient.
- Projekte, die der Integration von Menschen mit anderer Muttersprache dienen (Mama spricht Deutsch, BIG, Die Begleiter), werden ausgebaut. Für die interkulturelle Elternarbeit wird eine Stelle geschaffen, damit die schulischen Bildungschancen für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund wirksam erhöht werden.
- Die auf Initiative von Flüchtlingsinitiativen und der Grünen Liste beschlossene Selbstverpflichtung des Stadtrates, bestehende Gesetze grundsätzlich zu Gunsten der Menschen mit Migrationshintergrund auszuschöpfen, ist konsequent umzusetzen.
- In überregionalen Gremien wird auf eine Abschaffung der sogenannten Residenzpflicht hingewirkt. Die Residenzpflicht nach dem deutschen Asylverfahrensgesetz ist eine Vorschrift, die es einem Menschen verbietet, den jeweils zugewiesenen Bezirk der Ausländerbehörde ohne Genehmigung zu verlassen.
- Programmen und Initiativen, die den Anteil an Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit Migrationshintergrund fördern, werden uneingeschränkt unterstützt.
- Die Flüchtlings- und Integrationsberatung der Arbeiterwohlfahrt im Rathaus muss weiter ausgebaut werden.

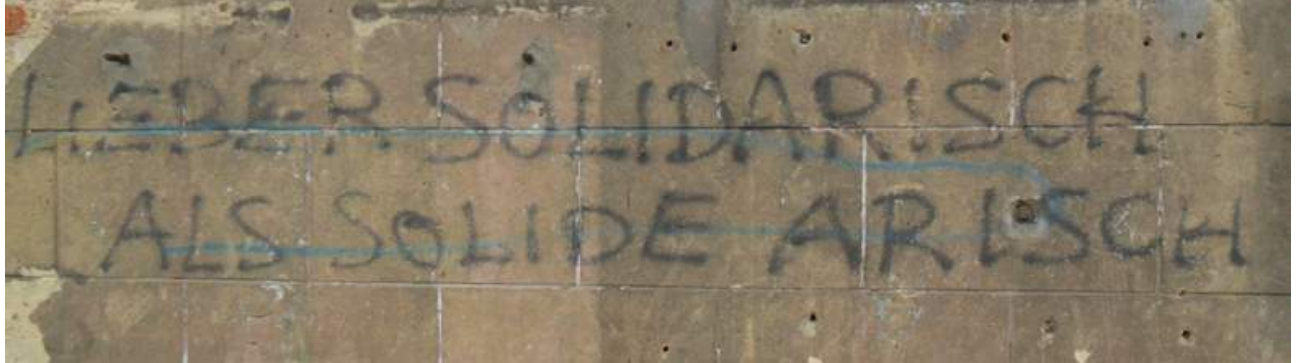
## Entschieden gegen Rechts

Die Stadt Erlangen engagiert sich in verschiedenen Netzwerken gegen Rechts in der Region. U. a. ist die Stadt der "Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus" und der "Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion" beigetreten. Bei verschiedenen Gelegenheiten hat sich der Stadtrat klar gegen rechtes Gedankengut oder Auftreten in Erlangen positioniert. Zuletzt forderte ein einstimmiger Stadtratsbeschluss von der Universität, dass ein Weblink zur Burschenschaft "Frankonia" von der offiziellen FAU-Webseite entfernt wird. Leider ist die Unileitung dieser Bitte nicht nachgekommen. Die Erlanger Burschenschaft "Frankonia" unterhält Verbindungen zur Neonaziszene und bedient das rechte Spektrum mit Vorträgen und Schulungen.

Trotz allen kommunalen Engagements gibt es in Erlangen und im Umland ausgeprägte rechte Strukturen mit Verbindungen ins rechtsterroristische Spektrum. In den 80er Jahren sorgte die im Erlanger Umland aktive "Wehrsportgruppe Hoffmann" (WSG) für Schlagzeilen: WSG-Mitglieder legten die Bombe am Münchner Oktoberfest im September 1980 und ermordeten im Dezember des gleichen Jahres in Erlangen Shlomo Lewin und Frida Poeschke.

Besonders antifaschistische Gruppen und Initiativen haben in der Vergangenheit wertvolle Rechercharbeit geleistet und auf rechte Strukturen immer wieder hingewiesen. Es wird Zeit, dass dieses Engagement entsprechend honoriert wird. Heute ist vor allem das "Freie Netz Süd" (FNS) als rechtes Netzwerk in Franken aktiv. Engagierte JournalistInnen haben auch Verbindungen des FNS zum "Nationalsozialistischen Untergrund" (NSU) recherchiert. Leider belegen diese Recherchen auch, dass die schlagkräftigen fränkischen Neonazistrukturen von V-Leuten und mit Geldern des Verfassungsschutzes aufgebaut und gefestigt wurden.

Neue AnhängerInnen werden in der Neonazi-Szene vor allem über rechte Musikveranstaltungen geworben. Dabei öffnen nicht nur Auftritte von eindeutigen Rechtsrock-Bands die Türe in die innere Szene. Eine Schlüsselrolle spielen auch Bands der sogenannten "Grauzone", wie z.B. "Freiwild", die sich selbst als "unpolitisch" bezeichnen. Eine Abgrenzung gegen „Grauzone“-Bands erfolgt, aus Unwissenheit oder Ignoranz, meist viel zu wenig.



Als kommunales Engagement gegen Rechts stellt sich die GL folgende Maßnahmen vor:

- Initiativen, Vereine und Gruppen, die sich gegen Rechts engagieren, müssen von städtischer Seite besser gefördert und finanziell unterstützt werden. Besonders wichtig sind Einrichtungen, die sich eindeutig positionieren und mit ihrem Musikprogramm ein gutes Gegengewicht bilden - z. B. das selbstverwaltete Jugendhaus an der Wöhrmühle. Außerdem betreibt die Stadt Aufklärung bei KonzertveranstalterInnen und richtet die klare Forderung an sie, keine Möglichkeiten für Auftritte von Rechtsrock- und Grauzone-Bands zu bieten.
- Antifaschistische Gruppen werden von Polizei und Sicherheitsbehörden willkürlich überwacht und in ihrer Arbeit behindert. Dazu gibt es auch in Erlangen viele Beispiele. Gegen diese Praxis ist von städtischer Seite aus entschieden vorzugehen und auf die Polizei hinzuwirken. "Öffentlichkeitsarbeit"-Angebote des Verfassungsschutzes sind künftig abzulehnen.
- Vorbildliche Präventionsprojekte wie "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" werden weiter ausgebaut. Bildungspolitische und kulturelle Veranstaltungen wie die "Internationalen Wochen gegen Rassismus" erhalten eine sichere Grundlage, damit sie selbstverständlich und regelmäßig stattfinden können.



## Demokratische Stadt Mitbestimmung und Transparenz

Die Menschen wollen mitentscheiden, was in ihrer Stadt passiert. Die heftigen Proteste beim Bau des Stuttgarter Bahnhofs (Stuttgart 21) und bei der Planung der 3. Startbahn in München zeigen, wie wichtig Bürgerbeteiligung ist. Gerade in Zeiten, in denen den BürgerInnen oft Politikverdrossenheit nachgesagt wird, ist es ein gutes Zeichen, dass die BürgerInnen offensichtlich mehr tun wollen, als nur alle paar Jahre zu Wahl zu gehen. Dieser Trend ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr gelebter Demokratie. Grundvoraussetzung dafür, dass sich die BürgerInnen eine Meinung bilden und aktiv beteiligen können, ist Transparenz. Nur wenn alle Fakten kommuniziert und abrufbar sind, kann eine Vertrauensbasis zwischen Politik und WählerInnen geschaffen werden. Deshalb müssen alle Entscheidungsprozesse öffentlich nachvollziehbar sein und die ErlangerInnen von Anfang an vor allem im Bereich Stadtplanung und Stadtentwicklung eingebunden werden. Die direkte Einflussnahme auf wichtige Entscheidungen muss noch verstärkt werden. Anregungen und Beschlüsse von BürgerInnenversammlungen müssen stärker beachtet werden als bisher. Jugendparlament, SeniorInnenbeirat und AusländerInnen- und Integrationsbeirat müssen bei allen für sie wichtigen Entscheidungen des Stadtrates und seiner Gremien mit einbezogen werden. Hierzu ist ein besseres Informationsangebot sowie ein Antrags- und Rederecht in den entsprechenden Stadtratsgremien Voraussetzung.

Schritte für mehr Mitbestimmung:

- Die Rechte von Jugendparlament, SeniorInnenbeirat, Ortsbeiräte und AusländerInnenbeirat werden gestärkt. Insbesondere erhalten diese Gremien Antragsrecht und Rederecht in den Stadtratsgremien bei sie betreffenden Fragen.
- bessere Internetpräsenz und Nutzung der neuen Medien - z.B. ein Livestream der Stadtratssitzungen
- Ein BürgerInnenhaushalt wird eingeführt: Die Stadt bemüht sich dabei um mehr Haushaltstransparenz und lässt die BürgerInnen mindestens über Teile der frei verwendbaren Haushaltsmittel mitbestimmen und entscheiden.
- Die Ortsbeiräte werden im Sinne von Stadtteilbeiräten auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet.

### Bürgerprojekt Stadt-Umland-Bahn

Es dürfte mittlerweile allgemein anerkannt sein, dass die StUB ein Jahrhundertprojekt für unsere Stadt sein wird. Doch trotz der großen Chance gibt es viele Punkte, die z. B. in den betroffenen Stadtteilen sehr kritisch gesehen werden. Um diese Kritik konstruktiv aufnehmen zu können, muss sie gehört und genutzt werden. Daher ist es sehr sinnvoll, die Kritik und die Ideen der BürgerInnen in allen folgenden Phasen systematisch einzubinden. Um diesem Anspruch auch gerecht zu werden, muss die BürgerInnenbeteiligung den Maßstäben des aktuellen Jahrhunderts entsprechen und nicht denen des letzten. Exemplarisch: Bei dem Bau und der Planung der StUB müssen

- ein Projektbeirat einberufen werden: D. h. verschiedene gesellschaftliche Gruppierungen begleiten den Planungsprozess in einer konstituierten Form.
- Bürgerforen/Planungszellen befragt werden: D.h. eine zufällig aus der Bevölkerung zusammengesetzte Gruppe erarbeitet Stellungnahmen zu konkreten Problemfällen.
- eine Mediation erfolgen falls es Probleme gibt: D. h. bei scheinbar unlösbaren Konflikten wird professionell versucht, einen Ausgleich zu erreichen.

## Vital-Infrastruktur in öffentlicher Hand

Seit der Einführung des BürgerInnenentscheids können die BürgerInnen bei wichtigen Fragen direkt Einfluss nehmen. Doch immer mehr Aufgaben der Stadt werden auf Tochtergesellschaften übertragen oder vollkommen privatisiert. Dann bestehen nur noch sehr eingeschränkte oder überhaupt keine Kontrollmöglichkeiten mehr durch den Stadtrat und mit ihm durch die Öffentlichkeit. So ist es z. B. nicht möglich, zuverlässig in Erfahrung zu bringen, wie der Abfall beim so genannten Grünen Punkt tatsächlich verwertet wird.

Bei den kommunalen Tochtergesellschaften wie z. B. der Gemeinnützigungen Wohnungsbaugesellschaft GeWoBau GmbH und den Erlanger Stadtwerken AG sind die Aufsichtsratssitzungen grundsätzlich nicht öffentlich. Um die Daseinsvorsorge in Erlangen langfristig und qualitativ hochwertig zu erhalten, sprechen wir uns dafür aus, dass z. B. das Verkehrs- und Beförderungswesen, Gas-, Wasser-, und Elektrizitätsversorgung, Müllabfuhr und Abwasser in öffentlicher Hand bleiben. Nur so ist eine demokratische Kontrolle möglich. Bei einer Privatisierung kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Grundausrichtung sich an der Gewinnmaximierung statt am Allgemeinwohl orientiert.

Wir fordern:

- Die Sitzungen von Aufsichtsräten und Verwaltungsräten sind im gesetzlich zulässigen Rahmen öffentlich durchzuführen. Zumindest ist die Öffentlichkeit vorher über die Tagesordnung und danach über das Ergebnis zu informieren.
- Der Abbau von demokratischen Kontrollrechten durch Verlagerungen auf Tochtergesellschaften oder Privatisierungen darf nicht weiter fortgesetzt werden.

## Demokratie leben

Die Gleichheit der Menschen ist ein Grundpfeiler der Demokratie. Für uns heißt das nicht Gleichmacherei, sondern Chancengleichheit. Dafür müssen Kinder aus sozial schwachen oder Migrantenfamilien oder Kinder mit Behinderung z. B. durch ein kostenloses, städtisches Nachhilfe-Angebot oder Sprachförderung in Kindergärten unterstützt werden.

Die Grüne Liste setzt sich ein für eine Stadt, in der alle gleiche Rechte und Pflichten haben. Es darf keine Rolle mehr spielen, aus welchen Gründen jemand in Erlangen leben will. Dies schließt auch das Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-AusländerInnen mit ein, das aber leider nicht auf kommunaler Ebene geregelt werden kann.

Starke Bürgerrechte sind ein Garant für eine starke Demokratie. Deshalb setzt sich die Grüne Liste gegen eine videoüberwachte Innenstadt und für den Schutz personenbezogener Daten ein.

Nichts untergräbt Demokratie so stark wie Korruption. Um in Erlangen Bestechlichkeit vorzubeugen und aufzudecken, fordern wir die Einrichtung einer Antikorruptionsstelle in der Stadtverwaltung und einer Anti-Korruption-Hotline, an die sich Bürger und Stadtangestellte anonym wenden können.



## **Selbstständigkeit für SeniorInnen**

### **Altersgerecht leben in Erlangen**

So unterschiedlich die Menschen heute leben, so differenziert sind auch ihre Bedürfnisse für ein Leben im Alter. Vorbedingung ist jedoch, dass bei der Planung der Lebensphasen auch der Bereich des Alters nicht ausgeklammert wird.

Viele SeniorInnen sind heute fit, haben Spaß am Leben und wollen sich selbstbewusst in unsere Gesellschaft einbringen. Immer mehr tritt ins Bewusstsein: Der reichhaltige Schatz älterer Menschen an Erfahrungen und Kompetenzen kann zum Nutzen der Gesellschaft eingesetzt werden. Schon jetzt sind 45 % der Älteren ehrenamtlich engagiert. Damit sich die SeniorInnen aktiv einbringen können, muss der Zugang zum Ehrenamt leicht und unkompliziert sein.

Barrierefreiheit ist für Ältere besonders wichtig. Sie müssen die Möglichkeit haben, sich trotz Behinderung frei in der Stadt und mit dem ÖPNV bewegen zu können. Deshalb müssen z. B. an den Bushaltestellen Fahrpläne im Dunkeln beleuchtet und die Schrift ausreichend groß und gut lesbar gestaltet werden. Vor allem in der Erlanger Innenstadt müssen Bänke zum Ausruhen und Verweilen geschaffen werden. (Siehe dazu auch den Punkt Soziale und urbane Stadt).

Die multikulturelle Gesellschaft ist zur Realität geworden, die wir demokratisch gestalten wollen. Die Altenpolitik muss sich auf die heterogene Gruppe der MigrantInnen einstellen, die aufgrund ihrer verschiedenen ethnischen, religiösen und kulturellen Herkunft sowie ihrer unterschiedlichen sozialen Lebenslagen keine einfachen Standardlösungen ermöglicht. Wir setzen uns für eine interkulturelle Öffnung und Modernisierung der Altenhilfe durch gezielte Kooperation mit MigrantInnen-Organisationen ein.

Wir wünschen uns, dass auch die Älteren unter uns voll in das städtische Leben integriert werden und dass sie ihre Fähigkeiten besser als bisher einbringen können.

### **Selbstbestimmt wohnen**

Die meisten Menschen wollen im Alter weiterhin in ihren Wohnungen leben. Damit dies gelingt, müssen Hilfsangebote geschaffen und die ambulanten Dienste verbessert und ausgebaut werden.

Zusätzlich brauchen wir neue Konzepte des Zusammenlebens: nachbarschaftlich oder gemeinschaftlich organisierte Wohnformen oder Pflege-Wohngemeinschaften, wie z. B. Mehrgenerationenhäuser oder Demenz-WGs.

Hier setzen wir an:

- Künftig sollen vermehrt Wohnungen gebaut werden, die problemlos seniorInnengerecht umgebaut werden können. Dies kann von der Stadt durch entsprechende Bebauungspläne bzw. durch entsprechende Vereinbarungen beim Verkauf ihrer Grundstücke an die Bauträger oder privaten KäuferInnen abgesichert werden.
- Die GeWoBau GmbH als städtisches Unternehmen stellt zumindest ein geeignetes Anwesen für eine Wohngemeinschaft für ältere Menschen zur Verfügung. Auch der Bau von Mehrgenerationenhäusern, in denen jung und alt zusammen wohnen, wird von der Stadt Erlangen in geeigneter Form gefördert.
- Durch entsprechende finanzielle Unterstützung seitens der Stadt Erlangen werden die ambulanten Dienste für ältere Menschen verbessert und ausgebaut.
- Bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit soll ein Höchstmaß an Eigenständigkeit und persönlicher Würde bewahrt werden.

## **Altersarmut begegnen**

Vielen RentnerInnen in Erlangen geht es finanziell gut, da sie vor ihrem Renteneintritt überdurchschnittlich gut verdient haben. Aber das ist nicht bei allen so. Altersarmut ist auch in unserer Stadt ein Problem, das in den nächsten Jahren noch deutlich zunehmen wird.

Immer mehr RentnerInnen jobben, wofür sicherlich unterschiedliche Gründe zu finden sind. Es gibt aber zunehmend RentnerInnen, die gezwungen sind, dazu zu verdienen. Vor allem ältere und alleinstehende Frauen sind häufiger darauf angewiesen, die Rente aufzubessern.

Die meisten Stellschrauben, um Altersarmut zu verringern und ihr vorzubeugen, liegen nicht im kommunalpolitischen Einflussbereich. Dennoch kann in Erlangen vieles getan werden, um die Auswirkungen abzuschwächen. (Siehe dazu das Kapitel Soziales).